21.1.1929

Jahrgang IX Nr. 2

# Der Heimatdienst

2. Januarheft 1929

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

**Aus dem Inhalt:** Ministerialrat Dr. Feßler, Landvolk in Not — Arthur Eloesser, Zu Lessings 200. Geburtstag — Der französische Militäretat — Dr. Weishaupt, Die deutsch-russischen Beziehungen 1918—1928 — Die kommunale Neugliederung im westlichen Industriegebiet — Dr. Burgdörfer, Bedeutung der Geburtenbeschränkung.

In Kommission:
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5,— Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



W. Tischbein — Lessing — Geboren am 22. Januar 1729

# Landvolk in Not.

Von Dr. Feßler, Ministerialrat in der Reichskanzlei.

I. Das neue Jahr begann mit schweren Sorgen. Die Kriegsschuldenregelung, das Erwerbslosenproblem, der Ausgleich des Reichshaushalts und die Erhaltung einer produktionsfähigen Landwirtschaft stehen im Vordergrunde. Die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen in diesen Fragen zu kämpfen ist, haben gemein, daß sie schließlich unmittelbar oder mittelbar Auswirkungen des verlorenen Krieges sind, dessen Folgen bei der Vielgestaltigkeit des öffentlichen Lebens in den verschiedensten Formen und zu verschiedenen Zeiten in die Erscheinung treten und in ihrer Zukunftsentwicklung und Dauer noch nicht annähernd zu übersehen sind.

II. Die Folgeerscheinungen des Krieges zeigten sich in der Landwirtschaft wesentlich später als im Handel, in der Industrie und im Gewerbe. Dies erklärt sich aus der Struktur des landwirtschaftlichen Betriebes, der an Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit hinter den anderen Erwerbsunternehmungen zurücksteht, an Widerstandskraft aber sie übertrifft.

In den Zeiten des Währungszerfalls war die Landwirtschaft der Not weitester Kreise mehr entrückt, als zahlreiche andere Berufsstände. Zur Bedarfsdeckung standen ihr die eigenen Erzeugnisse unmittelbar zur Verfügung. Die Kaufkraft ihrer Waren blieb im Durchschnitt günstig, soweit sie nicht durch Zwangsregelungen übermäßig gebunden wurde. Ihre Realkreditbelastung schwand bis auf Bruchteile, der Landbesitz konnte die Grundlage der neuen Währung bilden.

Die Deflation stellte die Betriebsleiter vor schwierige Aufgaben. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse blieben erheblich gegen die Preise der Produkte zurück, die zur Fortführung der Betriebe benötigt wurden. Die „Preisschere“ tat sich auf, ein vielgebrauchtes, nicht gerade glücklich gewähltes Bild. Auch jetzt entsprechen die Erlöse, die der Landwirtschaft für Getreide und Vieh zufließen, wesentlich den Vorkriegssätzen, während sie für ihre Betriebsmittel und Löhne rund das 1½fache der Vorkriegsbeträge aufzuwenden hat. Die öffentlichen Lasten, die ein Mehrfaches der Vorkriegshöhe betrugen und noch betragen, üben auf die Rentabilität einen übermäßigen Druck aus. Hinzu kamen geringe Ernten, Unwetterschäden und nicht selten auch Schwierigkeiten in der Umstellung des Eigenbedarfs auf die ungünstigeren Verhältnisse. Bald fehlte es an Betriebsmitteln; die jährlichen Betriebsverluste werden auf 1—1½ Milliarden RM. beziffert. Die Neuverschuldung setzte rasch in starkem Maße ein, zum Teil wohl auch, weil eine Intensivierung der Betriebe angestrebt wurde, die erhebliche Investierungen erforderlich machte.

Kapitalaufnahme war nur mit großen Opfern möglich. In den ersten Jahren nach der Stabilisierung der Währung mußten 10prozentige Pfandbriefe mit einem Kursverlust von 30 v. H. und mehr genommen werden. Die Roggendarlehen stellten sich für den Schuldner zum Teil noch wesentlich ungünstiger. Die Zinsenlast konnte vielfach bald nicht mehr aus dem Betriebe herausgewirtschaftet werden. Weitere Schulden wurden aufgenommen, um die laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Der Zusammenbruch wurde damit nur noch eine Frage der Zeit.

III. Bereits seit Anfang 1927 haben die Organisationen des Landvolkes in zahlreichen Versammlungen und Entschließungen teilweise mit sehr weitgehenden Forderungen auf die bestehenden Schwierigkeiten ihres Berufsstandes hingewiesen. Ein objektives Bild der Lage war aus diesen Erklärungen aber nicht zu gewinnen. Deswegen war es sehr zu begrüßen, daß in den Jahren 1927 und 1928 das Institut für Konjunkturforschung, der Unterausschuß für Landwirtschaft des Enquete-Ausschusses und zuletzt die Preußische Zentral-Genossenschaftskasse über die Lage der Landwirtschaft wertvolle Untersuchungen veröffentlichten. Im Sonderheft 3 der Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung: „Die Agrarkredite“ ist die Verschuldung der Landwirtschaft bis zum 30. Juni 1927 dargestellt. Der Unterausschuß für Landwirtschaft des Enquete-Ausschusses behandelt im „Vorbericht über die Verschuldungsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft“, der dem Reichstage am 9. März 1928 vorgelegt wurde (Drucksachen des Reichstags III 1924/27 Nr. 4058) unter Benutzung dieser Arbeit des Instituts für Konjunkturforschung das gleiche Thema. Er hat in seiner Darstellung weiter die Gutachten zahlreicher Sachverständiger und die Unterlagen von 1762 buchführenden Betrieben verwertet. Diese Unterlagen von insgesamt 2568 buchführenden Betrieben hat der Unterausschuß in zwei Bänden: „Landwirtschaftliche Buchführungsergebnisse“ eingehend dargestellt. Über die Lage der ostpreußischen Landwirtschaft hat er weiter der Reichsregierung am 22. November 1928 ein vorläufiges Gutachten erstattet. Die Lage der landwirtschaftlichen Großbetriebe in den östlichen Landesteilen behandelt schließlich die Preußenkasse in einer viel beachteten Veröffentlichung, die Anfang Dezember 1928 erschien. Stichtag für die Erhebungen ist der 31. Dezember 1927. Berücksichtigt sind nur die Großbetriebe östlich der Elbe mit einem Flächeninhalt von mehr als 100 ha. Von insgesamt 13 483 dieser Betriebe sind 5130 von der Erhebung erfaßt worden.

So dankenswert dieses mit größter Sorgfalt zusammengestellte Material ist — ein umfassendes Bild der Lage der Landwirtschaft im ganzen Deutschen Reich vermag es noch nicht zu geben. Dazu ist die Zahl der berücksichtigten Gutswirtschaften im Verhältnis zu den insgesamt mehr als 5 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben doch zu gering. Einigermaßen durchforscht sind lediglich Ostpreußen, die Grenzmark und Pommern. Aber auch in diesen Gebieten, die in erster Linie gefährdet erscheinen, fehlen ausreichende Feststellungen über die mittleren und kleinen Betriebe. Allein Ostpreußen zählt insgesamt 233 883 selbständige Landwirtschaften. Wie verlautet, bemüht sich das Statistische Reichsamt, zunächst für die meistgefährdeten Gegenden diese Lücke auszufüllen.

IV. Mit diesen Vorbehalten ergaben die Veröffentlichungen bereits, daß die Verschuldung der Landwirtschaft und die Lage des Gütermarktes bedrohlicher sind, als vor dem Erscheinen der Berichte angenommen wurde. Sie ergaben aber auch, daß die Lage in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden ist, und daß es in den günstig beurteilten Gegenden ebensogut überschuldete Betriebe gibt, wie in Notstandsgebieten rentierende Wirtschaften. Die Zahlen der Gesamtverschuldung sind deswegen nur von mäßiger Bedeutung, ermöglichen aber einen Vergleich mit den Verhältnissen vor dem Kriege.

Damals wurde die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft mit 13 Milliarden Mark angenommen. Bereits Ende 1926 schätzt sie das Institut für Konjunkturforschung auf nahezu 10 Milliarden Mark, neuerdings wird sie mit etwa 11½ Milliarden Mark angegeben. Der Einheitssteuerwert des gesamten landwirtschaftlichen Grundbesitzes hat vor dem Kriege etwa 50 Milliarden betragen und beläuft sich jetzt auf 28 bis 30 Milliarden Reichsmark. Auf den Hektar betrug die Verschuldung vor dem Kriege 480, Ende 1926 rund 350, jetzt etwa 400 RM. Zwar ist sie demnach noch wesentlich geringer als im Jahre 1913, die Zinsenlast dagegen ist jetzt ungleich schwerer als damals. Der Zinsfuß ist von 4 v. H. auf durchschnittlich mindestens 8—9 v. H. gestiegen, die höheren Zinsen der Neuverschuldung werden insoweit durch die niedrigen Zinsen der Aufwertungsschulden und unverzinslichen Lieferanten- und Handwerkerkredite ausgeglichen.

Bedeutsamer als die Gesamtverschuldung ist das Material über die Verschuldung der einzelnen Landesteile, da in diesem die Krisenherde in Erscheinung treten. Die Angaben in dem Vorberichte des Enquete-Unterausschusses vom 1. März 1928 bieten hierfür jedoch nur Anhaltspunkte, die mit großer Vorsicht zu bewerten sind. Für Verallgemeinerungen ist die Zahl der untersuchten Betriebe (1762) zu gering. Immerhin ist es symptomatisch, daß in Westfalen 5 v. H. der Großbetriebe unverschuldet, 42 v. H. nur mit 20—160 RM. je ha, weitere 42 v. H. mit 160—400 RM. je ha und nur 11 v. H. darüber verschuldet sind, während in Ostpreußen nur 25 v. H. der Großbetriebe über 200 ha mäßig bis zu 160 RM. für den ha, 33 v. H. zwischen 160 und 400 RM. je ha verschuldet sind und 42 v. H. eine stellenweise weit über 400 RM. hinausgehende Hektarverschuldung aufweisen. Die Durchschnittsverschuldung je ha ist dort um 138,60 RM. höher als in Westfalen.

Hinsichtlich der großen Güter über 100 ha östlich der Elbe lassen die Erhebungen der Preußenkasse eine Verallgemeinerung zu. In Ostpreußen sind 55 v. H., in der Grenzmark 52 v. H., in Pommern 47 v. H. dieser Güter erfaßt. Weniger sichere Schlüsse lassen sich aus dem Material in Mecklenburg, Brandenburg, Nieder- und Oberschlesien und Schleswig-Holstein ziehen, wo 33 bis 11 v. H. der Betriebe in die Erhebungen einbezogen sind.

Die Preußenkasse teilt die Betriebe nach ihrer Verschuldung in vier Bonitätsklassen ein.

Gruppe 1 ist bis zu 40 v. H.,
Gruppe 2 bis zu 60 v. H.,
Gruppe 3 bis zu 70 v. H. und
Gruppe 4 über 70 v. H.

des Gesamtvermögens, nicht nur des Grundvermögens des Inhabers verschuldet. Das Grundvermögen ist unter Zugrundelegung des berichtigten Wehrbeitragswertes errechnet, während der Unterausschuß des Enquete-Ausschusses vom Einheitswert des Grundvermögens ausgeht, der wesentlich niedriger ist als der berichtigte Wehrbeitragswert, in Ostpreußen z. B. um 43 v. H. Letzterer soll nach Ansicht der Preußenkasse dem Verkaufspreise näherkommen als der Einheitswert. Indem die Preußenkasse die einzelnen Ergebnisse der Untersuchung verallgemeinert, kommt sie zu folgender Aufstellung:

Von den 13 483 Großbetrieben sind in Gruppe 1 6115,
in Gruppe 2 3749,
in Gruppe 3 1492,
in Gruppe 4 2127 einzureihen.

Sämtliche Betriebe in Gruppe 4 sind so hoch verschuldet, daß sie nach Ansicht der Preußenkasse in absehbarer Zeit konkursreif sein

und am Güter- oder Pachtmarkte erscheinen werden. Die 1492 Betriebe der Gruppe 3 sind in kritischer Lage. Es ist zweifelhaft, ob sie sich werden halten können. Die schwierigsten Verhältnisse sind auch nach diesen Erhebungen in Ostpreußen, Pommern und der Grenzmark. Dort allein beträgt die Zahl der schwer notleidenden Betriebe 1328. Von diesen werden gegen Ende des Wirtschaftsjahres 1928/29 etwa 1000 die Grenze hoffnungsloser Verschuldung überschritten haben, soweit dies nicht bereits jetzt festzustellen ist.

Dieses düstere Bild, das nur für die Großbetriebe gezeichnet ist, wird vervollständigt durch die Angaben des Enquete-Ausschusses über die mittleren und kleineren Betriebe in Ostpreußen. Die knappen Ausführungen der Preußenkasse, „bei diesen Betrieben sei das Kreditrisiko wegen des geringen Umfanges des einzelnen Betriebes und wegen der genossenschaftlichen Verbundenheit wesentlich geringer als bei den Großbetrieben; wenn der Großbetrieb überwiege, sei die Lage des bäuerlichen Besitzes ihm ähnlich; in Gegenden, in denen der bäuerliche Besitz überwiege, sei auch bei den Großbetrieben keine Krisenerscheinung allgemeiner Art erkennbar", sind nicht mit der gleichen Sorgfalt belegt wie die Ausführungen über die Lage des großen Besitzes. Einen Anhalt dafür, daß auch zahlreiche mittlere und kleine Betriebe stark verschuldet sind, geben die Zusammenstellungen des Enquete-Ausschusses in seinem Vorbericht vom 1. März 1928. Am 30. Juni 1926 waren beispielsweise in Ostdeutschland mit 101 bis 120 v. H. des Einheitswertes verschuldet von den erfaßten Betrieben:

| | | | |
|---|---|---|---|
| zwischen 5 bis | 20 ha | 5,2 v. H., | mit mehr als 200 v. H. des Einheitswertes . . . . . 5,2 v. H. |
| „ 20 „ | 100 ha | 4,6 „ „ , | mit mehr als 200 v. H. des Einheitswertes . . . . . 6 „ „ |
| über | 100 ha | 6,6 „ „ , | mit mehr als 200 v. H. des Einheitswertes . . . . . 4,5 „ „ |

Nach dem vorläufigen Gutachten des Unterausschusses vom 22. November 1928 sind die ostpreußischen Betriebe mit einer geringeren Fläche als 100 ha mit 50,4 des Einheitswertes verschuldet, gegen 66 und 71,7 v. H. des Einheitswertes bei den Großbetrieben. Die Verschuldung der mittleren und kleinen Betriebe soll aber wegen der ungünstigen Schweinepreise des Wirtschaftsjahres 1927/28 wesentlich gewachsen sein.

Auch die Lage der bäuerlichen Betriebe in den einzelnen Bezirken ist sehr verschieden. Die Verschuldung schwankt zwischen 30,8 und 79,7 v. H. des Einheitswertes.

V. Nach diesen Angaben ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit zahlreiche Betriebe jeder Größe zusammenbrechen werden. Wieweit der Güter- und Pachtmarkt sie aufnehmen kann, hängt vom Grade der Elastizität ab, die er noch besitzt. Massenzusammenbrüche, die sich in einzelnen Gegenden gleichzeitig ereignen, führen zu einem vollständigen Versagen des Gütermarktes.

In einzelnen Kreisen und Bezirken ist dieser Zustand bereits eingetreten. Es werden Fälle berichtet, in denen Güter jahrelang vergeblich zur Zwangsversteigerung stehen und Käufer und auch Pächter nicht mehr zu erlangen sind.

Sobald der Güter- und Pachtmarkt versagt, greifen die Wirkungen der Zusammenbrüche über das Schicksal des einzelnen Landwirts hinaus in die weiteren Kreise des öffentlichen Wirtschaftslebens. Das in doppelter Richtung.

Es entsteht die Gefahr der Schrumpfung des Produktionsapparates und der allmählichen Devastierung des Bodens. Die Personalkreditgläubiger haben vielfach kein Interesse daran, den überschuldeten Betrieb zum Konkurs zu bringen. Sie suchen ihre Forderungen teilweise dadurch zu realisieren, daß sie sich den Verkauf der gesamten Produktion sichern und dem Betriebsführer nur einen Teil des Erlöses als Betriebsmittel zur Verfügung stellen. So verringern sich die Aufwendungen für den Betrieb von Jahr zu Jahr, der Betriebsverlust steigt, das Inventar wird nach und nach unwirtschaftlich verkauft zur Deckung der dringendsten Schulden, die Lohnforderungen der Arbeiter werden teilweise durch Vergrößerung des Deputatareals gedeckt, schließlich scheidet der Betrieb als Produktionsquelle für die nationale Wirtschaft gänzlich aus, der Ausfall am Ertrage muß durch Einfuhr ausgeglichen werden.

Der Massenzusammenbruch von Gutsbetrieben zieht auch die gesunden Wirtschaften in den Vermögensverfall hinein, er ruiniert die Genossenschaften, die mithaftenden Genossen und die kreditierenden Lieferanten und Handwerker.

VI. Weder die nach Menge und Güte erfreuliche Ernte des Jahres 1928, noch die Maßnahmen, die bisher zur Linderung der landwirtschaftlichen Not getroffen worden sind, haben die Lage der hochverschuldeten Betriebe merklich bessern können. Die Ernte stärkt die gering verschuldeten Landwirte, insbesondere soweit ihre Verschuldung bereits zum Stillstand gekommen ist und Rückzahlungen begonnen haben. Sie mag einer dünnen Schicht mäßig verschuldeter Betriebe den Weg in dieser Richtung weisen, für die Masse der schwer verschuldeten Landwirte wird sie den Zusammenbruch vielleicht verzögern, nicht aber abwenden können.

Ähnliches gilt für die Notstandsmaßnahmen, die bisher für die Landwirtschaft getroffen sind.

Zwar hat sich das Notprogramm der Reichsregierung vom März 1928, soweit es die Stützung des Marktes zum Ziele hat, günstig ausgewirkt. Insbesondere die Schweinepreise sind dadurch um 30 v. H. und mehr gestiegen. Auch die Umwandlung hochverzinslicher, kurzfristiger Personalschulden in langfristige zweitstellige Hypotheken zu angemessenem Zinsfuße hat einer Anzahl von Betrieben Erleichterungen gebracht. Die Mittel, die hierfür zur Verfügung stehen, sind aber zu gering. Allein in Ostpreußen hält der Unterausschuß für Landwirtschaft des Enquete-Ausschusses mindestens weitere 100 Millionen RM. für erforderlich, um die Umschuldungsaktion auf alle umschuldungsbedürftigen und umschuldungsfähigen Betriebe auszudehnen. Der Gesamtbetrag der für Umschuldung in Frage kommenden kurzfristigen Schulden der Landwirtschaft wird auf 2 Milliarden RM. geschätzt. Der Unterausschuß fordert weiter für die Provinz die teilweise Übernahme des aus den Kreditverflechtungen entspringenden Risikos, Schaffung einer mit den erforderlichen Mitteln ausgestatteten Aufnahmeorganisation, die zur Regulierung des Güter- und Pachtmarktes eingreifen soll, und wirksamste produktionsfördernde Maßnahmen, wie Meliorationen und Wegebau.

Auch die Preußenkasse schlägt die Einrichtung einer Aufnahmeorganisation vor, die dem Angebot an Gütern eine Nachfrage gegenüberstellen soll. Die Pläne scheinen bereits in einem vertraulichen Denkschreiben der Preußenkasse konkrete Formen angenommen zu haben, wie sich aus einer Großen Anfrage im Preußischen Landtag ergibt. Danach soll vorgeschlagen werden, unter Beteiligung Preußens, Mecklenburgs und der Preußenkasse eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 50 Millionen RM. zu gründen, der aus dem Siedlungsfonds des Reichs 70 Millionen zur Verfügung gestellt werden sollen. Weitere 70 Millionen sollen durch Anleihen aufgenommen werden. Die Gesellschaft soll zunächst etwa 500 überschuldete Großbetriebe aufkaufen und nach einer Zwischenwirtschaft von drei Jahren der Siedlung zuführen.

VII. Das Jahr 1928 hat die Öffentlichkeit in der Erkenntnis der schwierigen Lage der Landwirtschaft erheblich gefördert. Im neuen Jahre wird diese Erkenntnis zu vertiefen sein. Es werden, auf ihr fußend, die eingeleiteten Hilfsmaßnahmen wirksam ausgebaut werden müssen. Notwendig ist vor allem, wie das vorläufige Gutachten des Unterausschusses des Enquete-Ausschusses vom 22. November 1928 mit Recht betont, die bisherige Politik der einzelnen Aktionen zu verlassen und unter Aufstellung eines umfassenden Sanierungsplanes aller zur Mithilfe berufenen Stellen die erforderlichen Maßnahmen mit dem höchsten nur denkbaren Maße von Voraussicht und Verantwortungsbewußtsein durchzuführen.

Von diesem Standpunkt aus wäre es zu wünschen, daß schon die Erhebungen, die von den verschiedenen Stellen durchgeführt werden, mehr als bisher aufeinander abgestimmt werden. Wenn die Preußenkasse als Maßstab für die Bewertung des Vermögens den berichtigten Wehrbeitragswert wählt, während der Enquete-Ausschuß seinen Berechnungen den Einheitswert zugrunde legt, so wird eine Vergleichung der Angaben außerordentlich erschwert. Es dürfte möglich sein, hierüber, über die Verschuldungsklassen, die den weiteren Erhebungen der Finanzbehörden und des Enquete-Ausschusses zugrunde gelegt werden sollen, sowie allgemein über die Methoden, die bei den Erhebungen anzuwenden sind, eine Vereinbarung der Beteiligten herbeizuführen. Vielleicht könnte dies dem Statistischen Reichsamt und dem Institut für Konjunkturforschung gelingen, da beide Stellen mit ihren reichen Erfahrungen und dem gesamten wissenschaftlichen Apparat zur Verfügung wären. Wenn darüber hinaus Vereinbarungen dieser Art auch zu einer sachlichen Zusammenarbeit der Beteiligten über die Sanierungspläne führen könnten, so wäre das bei der ernsten Lage ein wertvoller Gewinn und würde dazu beitragen, die Arbeiten dem politischen Streit zu entrücken und auf der Basis streng sachlicher Unparteilichkeit zu fördern.

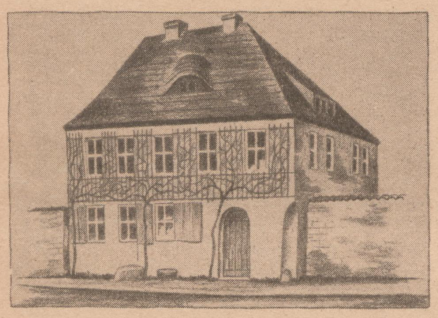
VIII. Daß jeder Sanierungsplan an die öffentlichen Mittel sehr hohe Anforderungen stellen wird, ist jetzt bereits zu übersehen. Damit wird die Not der Landwirtschaft in das Gesamtproblem der Deckung des öffentlichen Geldbedarfs gestellt. Wie das Reich neben dem Ausgleich seines Haushalts, zu dessen Balancierung noch etwa 500 Millionen fehlen, und bei den Sorgen, die aus der Erwerbslosenfrage und ihren Rückwirkungen auf die Reichsfinanzen entstehen, Hunderte von Millionen für die Landwirtschaft aufbringen soll, ist eine offene Frage. Sie zeigt besonders deutlich, wie wenig der Optimismus berechtigt ist, den der Reparationsagent hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage des Reichs in seinem letzten Berichte zum Ausdruck brachte. Der objektiven Beobachtung können die Schwierigkeiten nicht entgehen, die sich für die wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes gerade auch aus der Not der Landwirtschaft ergeben. Bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen wird auf sie nicht deutlich genug hingewiesen werden können. Jeder, der dazu beiträgt, daß die breiteste Öffentlichkeit in Deutschland und im Auslande über diese Zusammenhänge aufgeklärt wird, erfüllt damit eine vaterländische Pflicht.

# Zu Lessings 200. Geburtstag.

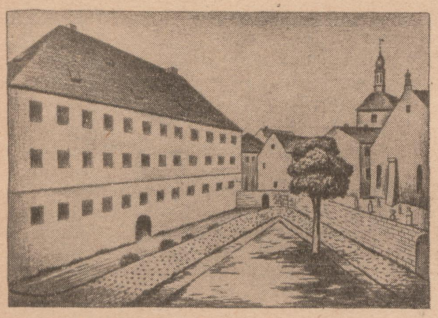
## 22. Januar 1729.

Von Arthur Eloesser.

Wir haben den Namen Lessing geschrieben und dabei empfunden, daß er sich immer noch nicht mit historischer Gelassenheit hinsetzen läßt. Gewiß, man kann sich keinen jungen Menschen vorstellen, der sich mit irgendeinem Werk von Lessing in träumerische Einsamkeit zurückziehen möchte, um sich mit ihm zu begeistern, zu schwärmen, zu verlieren. Die Jugend kann mit ihm ihre ersten Empfindungen nicht teilen, und auch das Alter kann letzte, weltentrückte Weisheit eher bei Goethe als bei ihm suchen. Aber was Schiller geschah und was auch Goethe besonders in Zeiten politischer Auflehnung, sozialer Aufrührung dulden mußte: noch kein Lebensalter und noch keine Generation hat sich gegen Lessing feindlich oder auch nur ironisch benommen. Die Romantiker, die seine Klarheit hätte erschrecken sollen, verehrten den unromantischsten aller Schriftsteller als einen hohen Ahnen, und Heinrich Heine sah zu ihm auf wie zu einem zweiten Luther, den der deutsche Genius gewollt und der deutsches Schicksal am stärksten mit bestimmt hat. Lessing ist der Mann in der deutschen Literatur — die Xenien von Goethe und Schiller haben ihn als den mutigen Renner Achilles in den Hades versetzt —, ist es so sehr, daß auch das Mitleid ihm nicht zu nahen wagte, aufgespart für Schiller, der im Leben doch auch seine Glücksfälle, seine fördernden Begegnungen und überhaupt einen aufsteigenden Lebenslauf hatte.

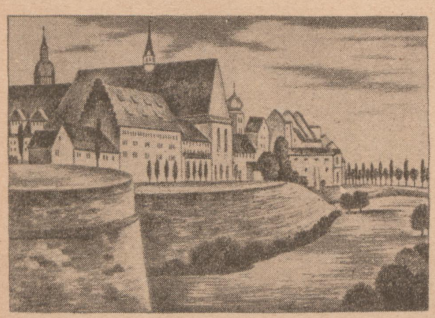


Lessings Geburtshaus



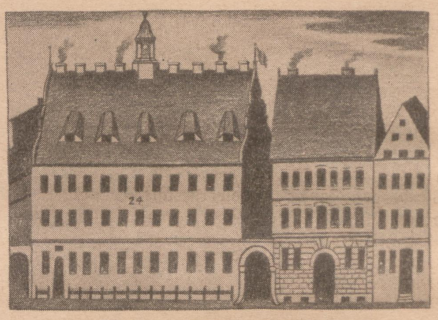
St. Afra in Meißen, Lessings Schule

Die Legende hat es nicht weiter gesagt, daß Lessing, obgleich kein Unzeitgemäßer, an seiner Zeit und unter dem Druck eines Duodezstaates, in dem er zuletzt leben mußte, zugrunde gegangen ist. Die kärgliche Jugend eines armen sächsischen Pastorensohnes war ohne Bilderbuch, sein Mannesleben ohne heroische Freundschaften, ohne rührende Liebschaften, seine Waffenkameraden ohne Blutsverwandtschaft mit ihm; sein Dasein, ohne alle vegetative Behaglichkeit, verlief in unbefriedigenden vorläufigen Zuständen, er lebte nomadisch wie in einem Zelt, nicht viel anders als Friedrich der Große im Siebenjährigen Krieg zwischen Sieg und Untergang, und er gehörte wohl zu den Genien, von denen ein geistreicher Essayist sagt, daß sie hier unten nie ein eigenes Bett besessen haben.



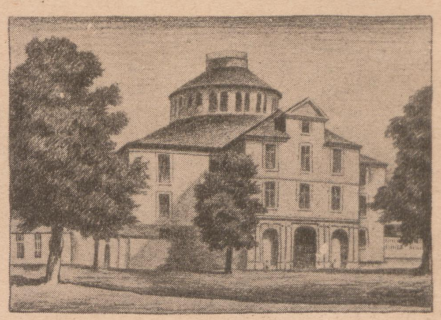
Die Universität in Leipzig

Die Schriftsteller des achtzehnten Jahrhunderts waren im allgemeinen noch Geschäftsmänner, Geistliche, Professoren, Beamte, auch einige reiche junge Adlige, im allgemeinen gesicherte oder resignierte Existenzen, von denen die Nebenstunden für den Verkehr mit den Musen reichlich genug und ohne Konflikte übrigblieben. Lessing ist unter ihnen der erste freie Schriftsteller, er tritt in die Bahn, in der so Hochbegabte wie Christian Reuter und Christian Günther unfreiwillig gegangen waren und in der sie elend genug liegenblieben. Der Mann, der sich aus der Natur und den Bäumen nicht viel machte, den der Frühling nur interessiert haben würde, wenn er einmal rot statt grün käme, hat von Kindheit an zwischen Büchern gelebt, die Feder in der Hand, wenn er sich nicht einmal die Entspannung einer Wirtshausstunde, Zerstreuung durch Kegelschieben oder Kartenspiel gönnte. Dennoch ist keine Stubenluft um ihn, der immer Weltmann blieb; wir können ihn uns nicht mit Tintenfingern vorstellen, weil jede Wendung des Schriftstellers, selbst nach geringen Zielen, eine Handlung, eine Tat, ein Unternehmen voll Mark und Nachdruck bedeutete. Wie stark ihn Müdigkeit und Ekel versucht haben mögen, auch wenn er einen Strohhalm verteidigte, stand immer Ehre auf dem Spiel; er war mehr Fortinbras als Hamlet.

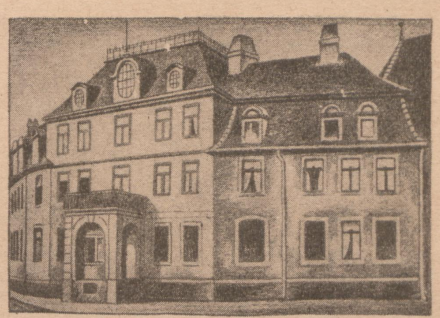


Die Universität in Wittenberg

Lessing war alles, worauf es im Augenblick ankam, Philosoph, Philologe, Theologe, Archäologe, Dramaturg und Dramatiker; aber er verschrieb sich an keine Wissenschaft, an kein Fach, an keine Kunstübung, gelehrt genug, wie er einmal sagt, um Bücher gebrauchen und wieder entbehren zu können. Was er anfing, betrieb er aus Passion, und ließ es wieder liegen, bevor Gewohnheit oder Bequemlichkeit ihn zur Wiederholung zwangen. Bei jedem seiner zahlreichen Kämpfe ging es um mehr als das Kampfobjekt besagte. Der schlechte Horazübersetzer, den der Polemiker bekämpfte, bedeutete die pedantische Beschränktheit, der leichtsinnige Philologe die Korruption gefälliger Wissenschaft, der eifernde Pastor die orthodoxe Herrschsucht und Anmaßung. Alle Gegner, die Lessings Klinge berührte, sind wie durch einen Zauberspruch unsterblich geworden, weil seine Polemik ihnen Gestalt gab. Sie war dramatisch durch einen noch in jeder Zeile spürbaren Enthusiasmus, wie sehr er sich selbst hütete, Enthusiast zu werden. Diese Leidenschaftlichkeit, die auch manche Ungerechtigkeit, manche bloße Beutelust rechtfertigt, dieser Einsatz des Lebens, dieses Ausfallen mit der ganzen Persönlichkeit, macht ihn zum Schöpfer des freien deutschen Schrifttums, macht ihn zum Vorkämpfer aller der Desperados, die ohne irgendeine bürgerliche Sicherung und Rückendeckung das Wagnis einer rein literarischen Existenz auf sich genommen haben.



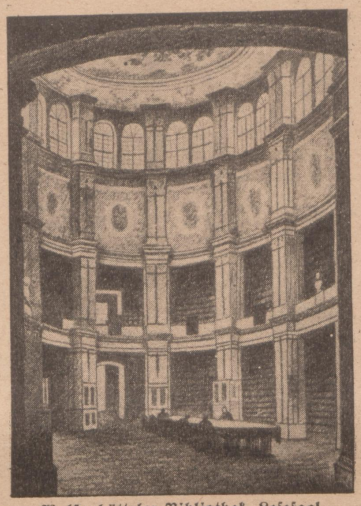
Die Wolfenbütteler Bibliothek



G. E. Lessings Sterbehaus in Braunschweig

Lessing gehört zu den Gründern des deutschen Selbstbewußtseins und des deutschen Bewußtseins überhaupt; es ist das Hauptverdienst

seiner großen kritischen Schriften, der Literaturbriefe, der Hamburgischen Dramaturgie, daß sie das deutsche Geistesleben von der romanischen auf die germanische Seite warfen. Er, der den Patriotismus als heroische Schwäche belächelte, wurde ein nationaler Heros, weil er ein Vorkämpfer des Bürgertums war und weil das Bürgertum im achtzehnten Jahrhundert derjenige Stand war, der die deutsche Geistigkeit, die deutsche Gesinnung und Gesittung gegen die französische Bildung der oberen Klassen emportrug. Dennoch ist Lessing im neunzehnten Jahrhundert, in dem der großen Klassenkämpfe, fast klassenlos geworden, mehr noch als Schiller, der sich mit seinem Marquis Posa als poetischer Vater des Liberalismus einsetzte. Die Anhänglichkeit an seine Persönlichkeit ist über die rein bürgerliche Weltanschauung weit hinausgegangen, als ob auch ihre Kritiker und Widersacher sich seiner Führung und Ermutigung versichern wollten oder als ob sie versichert wären, daß ein neuer, ein mit derselben Unabhängigkeit wiederkehrender Lessing in ihren Reihen, in denen der Minderbegünstigten, der geistig Aufstrebenden, gefochten haben würde. Die eifersüchtige Bewerbung um seine Zustimmung, um seine Bundesgenossenschaft beweist, wie lebendig er in seiner Menschlichkeit, wie gegenwärtig er in seiner Mannheit geblieben ist. Lessings Werke hat die Zeit so gut wie alle anderen gesichtet; seine kritischen Schriften haben sich zersplittert. Wir suchen ihre grundsätzliche, ihre immer noch fördernde und reinigende Beweiskraft unter einer Überfülle der Argumentation, die den Weg seiner Dialektik uns manchmal mehr verbaut als freimacht. Als Ganzes, frisch und lebendig erhielten sich seine Komödien, die bürgerliche der Minna von Barnhelm, die märchenhafte von Nathan dem Weisen. Aber auch die geschlossene Gestaltungskraft der Emilia Galotti, des ersten politischen Dramas in Deutschland, wird trotz ihrer Herbheit noch manche Bühne mit Recht versuchen.



Wolfenbütteler Bibliothek, Lesesaal

Bücher haben ihre Schicksale, das seine können sie nicht mehr bestimmen. Lessing gehört zu den Helden, und zwar zu denen, die von vager, banaler, irrtümlicher Heldenverehrung am meisten verschont geblieben sind. Wie er persönlich seine Kämpfe führte, ein einzelner, ein großer Irregulärer, in Wahrheit ohne Bundesgenossen, oder wenigstens weit vor der Front, man findet das Recht, das zornige Recht, immer auf seiner Seite, solange die Persönlichkeit selbst ihr bestes Argument ist. Lessing war so wenig unparteiisch oder objektiv wie irgendein Kämpfer von Geblüt; dennoch steht er nie unter einer Anklage oder unter einem Vorwurf wie Schiller durch die Ablehnung Bürgers, wie Goethe durch die Niederwerfung Heinrich von Kleists. Lessing mußte nicht gerecht sein, er war kein Olympier; einem Manne, der zeitlebens den Harnisch trug, der um sein Leben kämpfte, rechnet man nicht nach, ob er einen Streich zuviel oder zuwenig getan hat. Wenn es erlaubt ist, auf ihn ein legendarisches Bild anzuwenden, so denkt man an die Sage vom toten Cid, der immer wieder ausreitet und die Feinde schreckt. Lessing wurde zu keinem Phantom, welche Streiter, für welche Sache auch, sich hinter ihm geschart und seinen Namen gerufen haben; er hinterließ uns seine Waffen, die nicht verrosten und abstumpfen, solange sie noch mit seiner Gesinnung geführt werden. Man hat Schulen, Hochschulen, Theater, besonders gern frondierende unabhängige Unternehmungen nach ihm benannt. Die Berufung auf ihn hat immer noch mehr Sinn, hat einen frischeren Klang als die auf irgendeinen Schöpfer selbst höheren Ranges. Seinen Namen führen, bedeutet mehr als eine Huldigung, mehr als einen bloßen Akt der Devotion, es ist eine Verpflichtung zu seiner Ehrlichkeit, zu seiner Tapferkeit, zu seiner stets wachsamen Rüstungsbereitschaft, ein Ruf ins Freie Feld und so gut wie ein Fahneneid.

# Der französische Militäretat.

Anläßlich der Verhandlungen über das französische Militärbudget in Kammer und Senat haben sehr interessante Debatten über die Rüstungspolitik Frankreichs stattgefunden, die unsere Aufmerksamkeit in vollem Maße verdienen. Der französische Kriegsminister Painlevé mußte sein Budget gegen starke Angriffe von seiten der Linken verteidigen. Dabei ist es einigermaßen merkwürdig, zu konstatieren, daß Painlevé selbst von Hause aus ein Mann der Linken ist, durch den Sieg der Linksparteien im Mai 1924 in die vorderste Reihe kam, jahrelang den Linkskabinetten angehörte und als einer der Führer der Verständigungsgesinnten in Frankreich galt und gilt. Die Debatten in Kammer und Senat hatten schon ein Vorspiel auf dem letzten Kongreß der Radikalsozialistischen Partei in Angers, der Anfang November letzten Jahres stattfand. Dort beschäftigte man sich recht eindringlich mit den Militärkrediten für das Haushaltsjahr 1929, kritisierte sowohl ihre absolute Höhe wie ihr stetes Anwachsen während der letzten Jahre und forderte Abstriche. Es war besonders der radikale Abgeordnete Montigny, der ausführlich das Rüstungsprogramm der Regierung bekämpfte. Er hat auch an den Debatten in der Kammer, die Ende November stattfanden, als Opponent des Kriegsministers den regsten Anteil genommen. Als dann das Budget nach seiner Durchberatung in der Kammer im Senat zur Debatte stand, hat der Senator Henry de Jouvenel kurz vor Weihnachten eine bemerkenswerte Rede gehalten, in der er die Rüstungspolitik Frankreichs mit seiner Politik in Genf, besonders bei den Abrüstungsverhandlungen, in Parallele bzw. in Gegensatz stellte. In Kammer und Senat hat der Kriegsminister Painlevé die französische Rüstungspolitik unter Heranziehung eines ausführlichen Zahlenmaterials verteidigt und seinen Gegnern Irrtümer hinsichtlich des von ihnen gebrauchten statistischen Materials und ihrer Auffassung in der ganzen Frage nachzuweisen gesucht. Irgendwelchen Erfolg haben die Gegner Painlevés nicht zu erreichen vermocht; das Militärbudget ist ohne nennenswerte Änderungen durch Kammer und Senat angenommen worden.

Bevor ein kurzer Überblick über den zwischen Painlevé und seinen Gegnern ausgetragenen Streit gegeben wird, seien die Grundgedanken hervorgehoben, um die sich die Debatte drehte. Die Kritiker des französischen Kriegsministers gehen von folgenden Gedankengängen aus: Sie verglichen die Rüstungsausgaben und die effektive Stärke der französischen Armee mit denen der Vorkriegszeit und suchten nachzuweisen, daß sowohl die Ausgaben wie die effektive Stärke heute größer seien wie im Jahre 1913. Sie stellten die Frage, wie sich das denn mit den Bestrebungen und Verhandlungen über ein internationales Abrüstungsabkommen vertrüge, und sie stellten außerdem fest, daß die französische Außenpolitik durch den Abschluß der Verträge von Locarno, durch Schiedsverträge und den Kelloggpakt nach ihrer eigenen Erklärung für die Sicherheit Frankreichs Wesentliches erreicht habe, aber andererseits aus dieser erhöhten Sicherheit Frankreichs keinerlei Schlußfolgerungen hinsichtlich der Rüstungsverminderung ziehe, obwohl sie die Sicherheit als eine Vorbedingung für die Abrüstung bezeichnet habe. Den letzteren Gedanken sprach vor allem der Führer der Radikalen Partei, der Abgeordnete Daladier, recht klar aus.

Es ist nicht möglich, die Diskussion zwischen dem französischen Kriegsminister und seinen Kritikern, die hauptsächlich mit einem umfangreichen statistischen Material geführt wurde, hier im einzelnen wiederzugeben, um so mehr, als man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß von beiden Seiten die Zahlen vielfach arrangiert worden sind. Montigny erinnerte im Verlaufe der Debatte an das bekannte englische Wort von den drei verschiedenen Arten von Lügen und bezeichnete als neuen und höchsten Superlativ der Lüge die Statistiken des französischen Generalstabes. Betrachtet man das ganze umfangreiche Ziffernmaterial mit aller Unvoreingenommenheit, so ergibt sich daraus folgendes: Was zunächst den Vergleich der effektiven Stärke der französischen Armee von 1913 und 1930 angeht, so berechnet der französische Kriegsminister, daß die in der Heimat stationierten Truppen im Jahre 1930 eine um 186 000 Mann geringere Kopfzahl aufweisen als 1913. Er nennt das eine große und starke Verminderung. In Wirklichkeit handelt es sich gar nicht um eine Verminderung, sondern um das Gegenteil, selbst wenn die Ziffern Painlevés nicht stark zugunsten seiner These frisiert wären. Im Jahre 1930 wird nämlich die Heeresreorganisation durchgeführt sein, die u. a. eine Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr bringen wird, während 1913 die zweijährige Dienstzeit bestand, die dann bekanntlich 1914 in die dreijährige umgewandelt wurde. Nimmt man das französische Rekrutenkontingent mit 240 000 Mann an, so zeigt sich sofort, daß von einer Verminderung der Rüstung nicht gesprochen werden kann, sondern eher von einer Vermehrung. Aber dieses Spiel mit Zahlen besagt im Grunde sehr wenig. Worauf es ankommt bei einer Armee, um ihre militärische Leistungsfähigkeit zu beurteilen, das ist die Summe der Faktoren, die diese Leistungsfähigkeit ausmacht, und hier kann man nur konstatieren, daß die französische Heeresreorganisation nicht der Ausdruck irgendwelchen Strebens auf Her-

absetzung der Rüstung, sondern einfach die Anwendung der Lehren des Weltkrieges auf die französische Rüstung darstellt. Man hat der Tatsache Rechnung getragen, daß ein moderner Krieg in viel höherem Maße technische Mittel erfordert als bisher, daß er ein viel umfangreicheres militär-technisches Spezialistentum notwendig macht und daß er viel mehr als früher ein Krieg der Maschinen ist. Deshalb eine sehr erhebliche Steigerung der Zahl der Berufsmilitärs, der technischen Leistung, der gegenüber eine Verminderung der Dienstzeit auf ein Jahr gar nichts bedeutet, denn der Weltkrieg hat gezeigt, daß man in erheblich kürzerer Zeit als ein Jahr einen guten Soldaten ausbilden kann.

Was sodann die Ziffern der französischen Militärkredite angeht, so betrugen sie 1927: 8,1, 1928: 9,7 und für 1929: 11,3 Milliarden Franken, wobei noch zu erwähnen ist, daß ursprünglich von seiten des Kriegs- und Marineministeriums für 1929 vier Milliarden Franken mehr als für 1928 verlangt wurden, daß jedoch nur 1,6 Milliarden mehr bewilligt wurden und vorgesehen ist, daß das übrige in den nächsten Jahren bewilligt wird. Setzt man hinzu, daß 1913 für Heer und Marine 1,6 Milliarden Goldfranken ausgegeben wurden und daß die 11,3 Milliarden Papierfranken des Jahres 1929 2¼ Milliarden Goldfranken entsprechen, so ergibt sich, daß Frankreich für seine Rüstungen heute eine gute halbe Milliarde Goldfranken mehr ausgibt als vor dem Kriege. Der französische Kriegsminister Painlevé hat gegen diese Zahlen nichts Nennenswertes einzuwenden gewußt. Es ist also Tatsache, daß Frankreich heute erheblich mehr für Rüstungen ausgibt als 1913, einer Zeit des internationalen Rüstungswettlaufes, als es noch keinen Völkerbund, kein Locarno, keinen Kelloggpakt und keine deutsche Abrüstung gab. Interessant ist in diesem Zusammenhang noch eine Berechnung, die der Abgeordnete Daladier über die Verteilung der Ausgaben des französischen Gesamtbudgets auf die einzelnen Arten von Ausgaben anstellte. Danach werden von 100 Franken, die der französische Steuerzahler an den Staat bezahlt, ausgegeben:

| | | |
|---|---|---|
| 41 | Franken | für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld, |
| 24 | „ | für die nationale Verteidigung, |
| 16 | „ | für die Bezahlung der Pensionen, |
| 6 | „ | für den öffentlichen Unterricht, |
| 7 | „ | für die Gesamtzwecke der Landwirtschaft, des Handels und der öffentlichen Arbeiten, |
| 2,50 | „ | für soziale Fürsorge, |

d. h. also, von den 59 v. H. des Budgets, die übrigbleiben, wenn man die Aufwendungen für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld beiseite läßt, werden 40 v. H. für die Rüstung ausgegeben. Auch diesen Berechnungen konnte Painlevé wenig Substantielles entgegensetzen.

Was schließlich den Gegensatz zwischen der Rüstungspolitik Frankreichs und seiner Politik in Genf in puncto Abrüstungsfrage und seiner Sicherheitspolitik angeht, auf den besonders durch den Abgeordneten Daladier und den Senator de Jouvenel hingewiesen worden ist, so hat zwar Kriegsminister Painlevé diesen Gegensatz nicht anerkennen wollen, er besteht aber nichtsdestoweniger, und zwar in erheblich stärkerem Maße, als Daladier und de Jouvenel angegeben haben. Der Abgeordnete Daladier hat folgendes ausgeführt: Die Vertreter Frankreichs im Völkerbund haben immer den engen Zusammenhang zwischen Sicherheit und Abrüstung betont. Entweder bedeuten die verschiedenen Abkommen, die Frankreich in den letzten Jahren geschlossen hat (Locarno, Kelloggpakt usw.), keine Vermehrung der französischen Sicherheit, dann sind sie nur Vorwände für offizielle Reden, und es steckt dahinter eine ungeheuerliche Heuchelei, oder diese Verträge erhöhen, so wie es die Regierung versichert und wie wir alle glauben, Frankreichs Sicherheit, und dann kann Frankreich seine Rüstung herabsetzen. Der Senator de Jouvenel wies auf die Abrüstungspolitik Frankreichs in Genf hin und stellte die Frage: Wie will man sie mit der Erhöhung unserer militärischen Ausgaben in Einklang bringen? Man darf in Genf nicht Verpflichtungen übernehmen, die man in Paris nicht halten will. Damit haben die beiden Kritiker Painlevés allerdings auf die Kernfrage hingewiesen. Frankreichs These bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf ist: zuerst Sicherheit, dann Abrüstung. Es strebte und strebt nach immer neuen vertraglichen Sicherungen des Status quo, und der kompletteste Ausdruck dafür ist ja bekanntlich das Genfer Protokoll. Aber neben diesen Verträgen, die abgeschlossen worden sind, um dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegenzukommen, geht eine stetige Vermehrung der französischen Rüstung her. Die Doppelsinnigkeit wird aber noch deutlicher, wenn man sich klarmacht, wie Frankreich in Genf Abrüstungspolitik treibt. Bei den jahrelangen Verhandlungen über die Festsetzung der Kategorien, nach denen eine internationale Abrüstungskonvention formuliert werden soll, hat Frankreich aus dem Kreis der Faktoren, die für die Abrüstung in Frage kommen, die ausgebildeten Reservemannschaften und das lagernde Reservematerial auszuscheiden versucht. Es hält an diesem Streben mit größter Zähigkeit fest — in Genf! Die Heeresreorganisation, die man in Paris durchführt, ist aber gerade auf den ausgebildeten Reserven und auf der Vermehrung der technischen Kampfmittel, d. h. des lagernden Reservematerials, aufgebaut. In Genf werden also diejenigen Faktoren der Rüstung, die man zu Hause als die entscheidenden ansieht und behandelt, als für die Abrüstung nicht in Frage kommend, als für die Rüstung eines Volkes gar nicht wesentlich beiseitegeschoben!

So haben also die Debatten in Kammer und Senat in Frankreich über die französischen Rüstungsausgaben immerhin mancherlei Aufklärung gegeben. Sie haben gezeigt, daß es wenigstens einem Teil der französischen Linkspolitiker bei der französischen Politik hinsichtlich Rüstung und Abrüstung allmählich ungemütlich wird, daß sie das Doppelspiel, das in Genf seit Jahren getrieben wird, langsam durchschauen, daß aber vorläufig wenig Aussicht auf eine Änderung der bisherigen Haltung der französischen Politik ist, denn bei den Abstimmungen hat die Regierung jedesmal große Mehrheiten erhalten. Wir müssen diese Dinge scharf im Auge behalten. Die Abrüstungsfrage ist für das abgerüstete, rings von schwergerüsteten Völkern umgebene und daher des Grundelements staatlichen Lebens, der Sicherheit, entbehrende Deutschland, das ein vertragliches Recht auf Rüstungsausgleich durch die Abrüstung der anderen hat, eine zu vitale Frage, als daß ihr gegenüber irgendwelche Illusionen bestehen dürften.

# Die deutsch-russischen Beziehungen 1918—1928.

Von Dr. Gustav Weishaupt.

An Stelle des verstorbenen verdienstvollen Grafen Brockdorff-Rantzau ist kürzlich Ministerialdirektor Dr. v. Dirckſen, der Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, zum deutschen Botschafter in Moskau ernannt worden.

Bei Beginn dieses neuen Abschnittes in den deutsch-russischen Beziehungen verlohnt es sich wohl, einmal kurz Rückschau zu halten und die Linien nachzuzeichnen, die von dem großen geschichtlichen Schnittpunkt der Beendigung des Weltkrieges zu der gegenwärtigen Basis in dem Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetrepublik hinführen.

Auf den Friedensvertrag von Brest-Litowsk im März 1918, der die Liquidierung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Rußland bedeutet, näher einzugehen, hat in diesem Zusammenhang wenig Zweck, da ja alle Abmachungen dieses Sonderfriedens durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages annulliert worden sind. Das wesentliche Ergebnis von Brest-Litowsk war eben, daß die Gebiete, auf denen sich heute Polen, die baltischen Randstaaten, das vergrößerte Rumänien usw. ausdehnen, auch damals in Brest schon dem räterussischen Einfluß entzogen wurden. Allerdings damals mit der Maßgabe, daß „Deutschland und die verbündeten Mächte das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen haben". — Die Geschichte ist einen anderen Weg gegangen!

Die erste schwere Belastung des politischen Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland nach Brest-Litowsk war die Ermordung des deutschen Gesandten Graf Mirbach durch linke Sozialrevolutionäre am 6. Juli 1918. Nachdem zuerst Legationsrat Dr. Riezler die Geschäfte der Gesandtschaft interimistisch weitergeleitet hatte, traf am 28. Juli 1918 Dr. Helfferich als deutscher Vertreter in Moskau ein, der bis zu den Versailler Verhandlungen in Moskau blieb.

Die neue beginnende Nachkriegsepoche in den deutsch-russischen Beziehungen ist naturgemäß gekennzeichnet durch ein vorsichtiges politisches und wirtschaftliches Tasten, eine Praxis, für die der Grund nur zu leicht in der ungeheuren Spannung und Umwertung aller Werte, wie sie diese Periode kennzeichnet, gefunden werden kann.

Zunächst bestanden diplomatisch nur Abkommen über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten usw. Im Mai 1921 wurden dann die deutsch-russischen Beziehungen erstmalig durch ein Abkommen auf breiter Basis gestellt. Durch dieses Abkommen wurde das Tätigkeitsgebiet der Delegationen für die Kriegsgefangenen dahingehend erweitert, daß diese Delegationen mit der gesamten Wahrnehmung der Interessen der beiderseitigen Staatsangehörigen betraut wurden. Gleichzeitig wurde in diesem Vertrag bestimmt, daß den beiderseitigen Vertretungen Handelsvertretungen angegliedert wurden. Allerdings war dann in den nächsten Jahren das russische Außenhandelsmonopol, der sichtbarste Ausdruck des räterussischen Wirtschaftssystems, auf dessen Basis auch die Berliner russische Handelsvertretung arbeitete, sehr oft die gefährlichste Klippe für die Anbahnung wirklich geordneter Wirtschafts-

beziehungen zwischen beiden Ländern. Weiterhin standen in diesen Jahren und stehen heute noch in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland die Fragen des Niederlassungsrechtes in Rußland, der Konzessionen, der Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten usw. im Vordergrund der Erörterungen, alles Probleme, die bei der vielfach etwas prekären Form, in der Rußland diese Dinge sah, viel Schwierigkeiten bereiteten.

Eine neue Note in das deutsch-russische Verhältnis brachte dann im April 1922 der Vertrag von Rapallo. War das Abkommen von 1921 der Ausdruck der politischen Gleichberechtigung und der endgültigen Annullierung von Brest-Litowsk, so war Rapallo der Beginn der politischen Annäherung, die Basis, auf der sich bis zum heutigen Tage das Gesamtverhältnis Deutschland-Rußland aufbaut.

Man weiß, daß der Vater dieses Abkommens der damalige Ministerialdirektor v. Maltzan (der spätere deutsche Botschafter in Washington) war. Während man sich auf der Konferenz von Genua 1922 vergeblich bemühte, die verworrenen wirtschaftlichen Verhältnisse des Nachkriegseuropa einigermaßen wieder auf die Beine zu stellen, tat Deutschland durch die Sonderverhandlungen mit den Russen in Rapallo, nachdem die Versuche, im Benehmen mit den Westmächten mit Rußland zu greifbaren Ergebnissen zu kommen, gescheitert waren, sozusagen die ersten selbständigen Schritte in politisches Neuland. Zum ersten Male erkämpfte sich Deutschland durch Rapallo nach der jahrelangen zwangsmäßigen Westorientierung den Weg nach dem Osten. Wenn auch alle Blütenträume, die kühnen Idealisten Rapallo vorgaukelte, nicht in Erfüllung gegangen sind, so muß doch entschieden zugegeben werden, daß Rapallo heute und später als Markstein der Entwicklung — und als erster Schritt aus der furchtbaren Isolierung heraus, in der sich Deutschland seit Versailles befand, angesehen werden muß. (Kurz darauf tritt dann Brockdorff-Rantzau sein Amt an.) Der Inhalt des Vertrages besteht nun darin, daß durch seine Bestimmungen die beiderseitigen diplomatischen Beziehungen endgültig und im vollem Umfang wieder aufgenommen werden. Auf den Ersatz der Kriegskosten und Kriegsschulden wird Verzicht geleistet. Vor allem soll nach dem Vertrag künftighin für beide Staaten der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten.

Der nächste Schritt zur Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen war dann im Jahre 1925 der Abschluß eines Handels- und Wirtschaftsvertrages, nachdem es in den vorhergehenden Jahren auch nicht an unliebsamen Zwischenfällen (offenbare sowjetrussische Unterstützung des Hamburger Kommunistenaufstandes 1923, Zwischenfall in der Berliner russischen Handelsvertretung im Jahre 1924) gefehlt hatte. Noch wichtiger als dieser Handelsvertrag, dessen Abmachungen erst vor wenigen Wochen, wie wir noch kurz sehen werden, bereinigt worden sind, war der Einfluß des Locarnoabkommens auf die deutsch-russischen Beziehungen. Wir meinen hier den wichtigen Schritt der deutschen Regierung, der in der von Deutschland unzweideutig zum Ausdruck gebrachten Interpretation des Artikels 16 der Völkerbundssatzungen bestand, wonach die Gefahr beseitigt wurde, daß Deutschland bei einem eventuellen Völkerbundskrieg gegen Rußland Aufmarschgebiet und Kriegsschauplatz werden könnte. Denn Deutschland erreichte durch die Annahme seiner Interpretation durch die Westmächte, daß es an einer Exekution gegen eine Macht (evtl. gegen Rußland) nur teilnimmt, soweit es mit seiner geographischen und militärischen Lage verträglich ist. Durch diese deutsche Aktion sind die russischen Besorgnisse wegen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund stark paralysiert worden. — Ein weiterer Schritt in der Konsolidierung der deutsch-russischen Beziehungen wurde im Jahre 1926 durch den sogenannten „Berliner Vertrag" getan, der in seiner wesentlichen Bestimmung besagte: Sollte einer der vertragschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten oder von mehreren Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertragschließende Teil während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität beobachten. Geheime Konventionen militärischer oder politischer Art sind mit diesem Vertragswerk nicht verbunden. Gleichzeitig mit diesem Vertrag wurden die bekannten Abmachungen über den 100-Millionen-Kredit und die Ausfallsgarantie bis zu 300 Mill. M. getroffen.

In die Ergänzungsverhandlungen zum Handelsvertrag platzte dann im Jahre 1928 wie eine Bombe der Schachtyprozeß, der die kitzlichste Stelle der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, die russische Auffassung von Industriespionage schlagartig beleuchtete. Nachdem Rußland im letzten Augenblick doch noch Mäßigung gezeigt hatte, wurden dann Ende 1928 fast alle offenstehenden Wirtschaftsfragen, wie Reiseverkehr, gewerblicher Rechtsschutz, Konzessionen — und auch Auffassung über Wirtschaftsspionage theoretisch einer günstigen Regelung entgegengeführt. — Der neue deutsche Botschafter geht also unter einigermaßen günstigen Auspizien nach Moskau. Möge es ihm gelingen, die deutsch-russischen Beziehungen immer mehr zu befestigen im Interesse der Konsolidierung der europäischen Verhältnisse und einer gesunden Ausbalancierung der Kräfte in einem politischen Raum, in dem Platz ist für ein gesundes Deutschland und ein lebensfähiges Rußland!

# Die kommunale Neugliederung im westlichen Industriegebiet.

Der Preußische Minister des Innern hat noch kurz vor Jahresende der breiteren Öffentlichkeit seine Vorschläge für die kommunale Neugliederung des westlichen Industriegebietes unterbreitet. In der jetzt vorliegenden Gestalt werden also diese Vorschläge — abgesehen von einzelnen noch möglichen Änderungen — dem Staatsrat und dem Preußischen Landtage zugehen, der dann das letzte Wort über die Vorlage zu sprechen hat. Das Problem der Neugliederung dieses Gebietes hat nicht nur örtliche Bedeutung. Es ragt in seiner Wichtigkeit weit über die Grenzen der davon betroffenen preußischen Verwaltungsbezirke hinaus, da die kommunale Neuorganisation in einem Gebiet vor sich gehen soll, das auf seinem Raum etwa 12 v. H. der gesamten deutschen Bevölkerung umfaßt. Wichtige Industrien, Kohlenbergbau, Eisenproduktion, dazu eine Reihe verarbeitender Industrien haben dort ihren Hauptsitz. Von 45 deutschen Großstädten liegen allein 15 in diesem Gebiet, dessen kommunale Grenzen nunmehr neu geregelt werden sollen. Allein diese Zahlen deuten an, von welchem Einfluß die Neuregelung auch für das übrige Deutschland sein kann, zugleich aber geben sie auch eine Ahnung von den ungeheuren Schwierigkeiten, welche eine Neuregelung der kommunalen Grenzen gerade in diesem so ungeheuer dicht besiedelten Gebiet hervorruft. Die Notwendigkeit dieser neuen Organisation wird ja schon seit Jahren von allen Seiten anerkannt und betont. Aber so sehr sich alles einig darüber war und ist, daß in diesem Gebiet, das im alten Staat gerade in dieser Beziehung vernachlässigt worden ist, etwas geschehen muß, so sehr gehen die Meinungen über das Wie auseinander. Das Preußische Ministerium des Innern hat, seitdem es diese Frage angefaßt hat, eine Flut von Denkschriften, Gutachten, Wünschen und Berichten erhalten, die zu einem Teil sich widersprechen, die Diskussion in dem Gebiete selbst über einzelne Forderungen geht seit Jahr und Tag mit erbitterter Leidenschaft. Und die jetzt vom Ministerium des Innern unterbreiteten Vorschläge haben natürlich keineswegs etwa die Zustimmung aller Beteiligten gefunden, im Gegenteil, der Widerstand gegen die vorgeschlagene Lösung ist scheinbar dadurch nur noch mehr angefacht worden.

Es kann nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, die Vorschläge des Preußischen Ministers des Innern hier im einzelnen aufzuweisen und zu erörtern. Dazu würde allein der zur Verfügung stehende Raum gar nicht ausreichen. Es ist auch ohne weiteres zuzugeben, daß manches in den Vorschlägen des Preußischen Innenministers anders, ja vielleicht zweckmäßiger hätte aussehen können. Aber es kommt auf die Einzelheiten gar nicht an. Wesentlich ist, daß überhaupt der ernste Versuch gemacht wird, das Verwaltungschaos im Westen nach großen Gesichtspunkten einmal zu regeln. Man hat in Vorkriegszeiten hier die Dinge treiben lassen. Wo ein Kohlenschacht getrieben wurde, dort entstanden Ansiedlungen, Anhäufungen von Wohnungen, die ganz regellos ohne die geringste Beachtung irgendwelcher städtebaulicher oder sonstiger Gesichtspunkte emporwuchsen. Der Hochkapitalismus ließ dort ein Gewirr von Industrieanlagen, untermischt mit Wohnhäusern, entstehen, das auf die Bedürfnisse der arbeitenden Massen der Bevölkerung keine Rücksicht nahm. Eine vernünftige Boden- und Grünflächenpolitik wurde nicht getrieben, Staat und Verwaltung wichen immer trotz manchmal besserer Einsicht vor den Forderungen der Industrie und der Zechen zurück. Die dadurch geschaffenen Zustände können natürlich nicht jetzt mit einem Male gutgemacht werden. Denn es ist selbstverständlich, daß den gegebenen und nun einmal entstandenen Verhältnissen Rechnung getragen werden muß. Was allein zu tun möglich ist, ist einmal, überholte kommunalpolitische Grenzen zu verändern, und zweitens einer künftigen Entwicklung freien Raum zu geben und den Weg zu weisen.

Damit ist schon ein Grundsatz betont, der für die Vorlage des Preußischen Innenministers maßgebend war. Am zweckmäßigsten wäre es, so betonte der Preußische Minister des Innern einmal bei einer Besprechung über die Neuregelung der kommunalen Grenzen des westlichen Gebietes, so vorzugehen, als seien überhaupt noch keine verwaltungspolitischen Grenzen vorhanden. Das ist natürlich in der Praxis nicht durchzuführen. Deshalb ist es

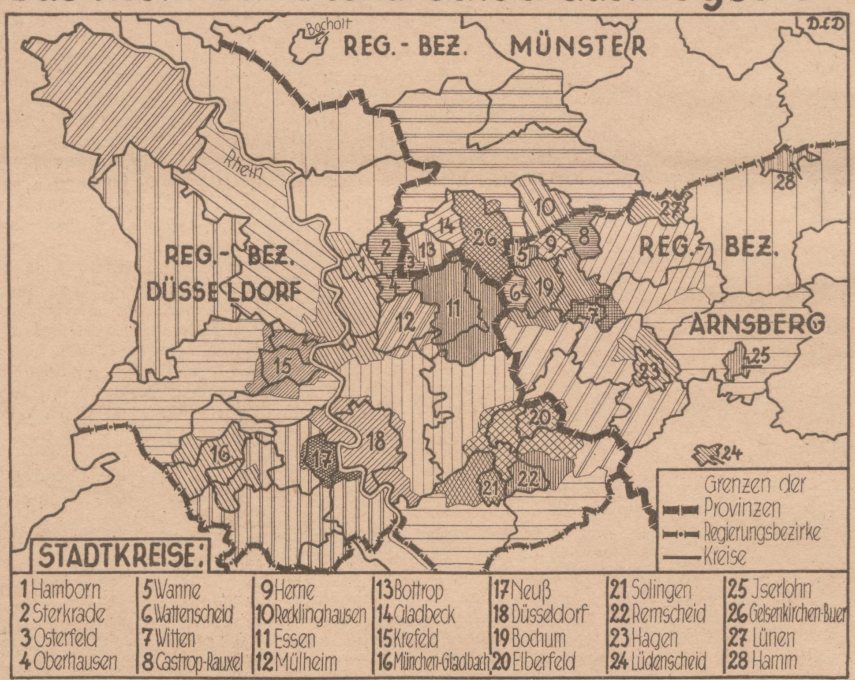
notwendig, allüberall dort, wo historisch gewordene Verwaltungsgrenzen dem heutigen Stand in keiner Weise mehr entsprechen, ja, der Entwicklung hemmend im Wege stehen, über sie hinwegzugehen. Es ist in der Vorlage betont, daß eine vernünftige, den heutigen Verhältnissen angepaßte Entwicklung nur möglich sein kann, wenn über enge, lokalpolitisch bestimmte Widerstände hinweg das zusammengefaßt wird, was der Wirklichkeit nach schon heute zusammengehört. Aber nicht nur eine Zusammenfassung dessen, was organisch bereits zusammengewachsen ist, kann der Sinn dieser Neuregelung sein, sondern es muß auch eine Planung eintreten für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Deshalb wird in dieser Vorlage überall versucht, den neu zu schaffenden Kommunalgebilden auch Raum zu geben für eine künftige Ausgestaltung nicht nur ihres Städtebildes, sondern auch für eine planmäßige Industriesiedlungs- und Wohnsiedlungspolitik. Dadurch soll auch erreicht werden, daß die neuen Grenzen nicht in kurzer Zeit wiederum sich als unzulänglich erweisen. Natürlich will die Vorlage keine starren, unabänderlichen Grenzen schaffen, aber es soll ein Zustand erreicht werden, mit dem die Kommunal-Verwaltungen — ob Städte oder Landkreise — für längere Dauer rechnen können.

Immer wieder wird in der Vorlage betont, daß es sich nicht darum handeln dürfte, nur Großstädte zu schaffen auf Kosten der Mittelstädte oder der Landkreise. Zwar soll der gewordenen Großstadt das gegeben werden, was sie zu ihrem Leben, zu einer vernünftigen und für die Bürger wohltätigen Verwaltung bedarf, also dort, wo durch Zusammenwachsen von Ortschaften, durch die Anhäufung menschlicher Siedlungen wirklich schon eine örtliche Gemeinschaft entstanden ist. Leitender Grundsatz der Vorlage ist, überall Verwaltungsgebilde zu schaffen, die in der Lage sind, die Ansprüche und Bedürfnisse der Bevölkerung im Rahmen der Selbstverwaltung vollgültig zu befriedigen, und zwar so, daß im gesamten Gebiet die Anspannung der Steuerkraft der Bewohner nicht allzusehr voneinander abweicht. Gerade aber weil der Selbstverwaltung innerhalb der Großstädte gewisse Schranken gesetzt sind, deshalb vermeidet die Vorlage dort, wo es bei Beachtung obiger Grundsätze möglich ist, die Schaffung von Großstädten. Denn jedes Kommunalgebilde ist ja nur Mittel zum Zweck, es soll den Interessen der in ihm lebenden Bewohner dienen. Und bei der Entscheidung über die Frage, ob Schaffung einer Großstadt, einer Mittelstadt oder eines Landkreises, muß allein das Interesse der Bewohner den Ausschlag geben. Je größer das Gemeinwesen, desto stärker aber auch die Gefahr, daß die Selbstverwaltung immer mehr nur zu einem Schatten wird, während in Wirklichkeit eine zentrale Kommunalbürokratie verwaltet.

Deshalb wünscht die Vorlage des Preußischen Ministers des Innern, die Mittelstädte zu erhalten, soweit sie sich als durchaus leistungsfähig und lebenskräftig gezeigt haben. Die weitgehenden Ansprüche der Großstädte auf Zusammenlegung dieser Mittelstädte mit den Großstädten sind nicht berücksichtigt worden. Um aber auch die Landkreise lebensfähig neben den Städten zu erhalten, was gerade im Interesse der Großstädte wie der Bewohner des gesamten Gebietes überhaupt als notwendig angesehen wird, schlägt die Vorlage vor, die den Großstädten nicht zugeteilten Landkreisteile so zu vereinen, daß kreiskommunale Verwaltungsgebilde entstehen, die an finanzieller Leistungsfähigkeit und in der Versorgung ihrer Bewohner in allen Selbstverwaltungsangelegenheiten den Vergleich mit den Städten aufnehmen können. — Aber die kommunalpolitischen Grenzen sollen keine Trennungsstriche sein. Die wirtschaftliche Verflochtenheit, die Verkehrsverhältnisse des gesamten Gebietes, die Kulturbedürfnisse der Bevölkerung drängen darauf, daß über die kommunalen Grenzen hinüber sich die Großstädte, Mittelstädte und Landkreise zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Kommunale Arbeitsgemeinschaften zur Lösung bestimmter Aufgaben werden deshalb als ein Ziel bezeichnet, zu dem in freiwilliger Zusammenarbeit schließlich das gesamte westliche Industriegebiet sich zusammenfinden muß. — Mit dieser Zielsetzung will diese Vorlage des Preußischen Innenministers — die größte Umgemeindungsvorlage seit vielen Jahrzehnten — zugleich ein Stück praktischer Verwaltungsreform schaffen, das nicht nur zum Segen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets ausschlagen, sondern ein Vorbild und Wegweiser für die Neuordnung kommunaler Grenzen auch im übrigen Preußen bedeuten soll.

H.

## Das rheinisch-westfälische Industriegebiet




# Bedeutung der Geburtenbeschränkung für Volk und Familie.

Von Oberregierungsrat Dr. Friedr. Burgdörfer, Berlin.

I.

Das deutsche Volk war bisher ein wachsendes Volk. In dem Zeitraum von 1871 bis 1914 hat sich die Einwohnerzahl des Reiches (in seinen alten Grenzen) von 41 auf 68 Millionen erhöht, d. h. um zwei Drittel. Bei ungestörter normaler Weiterentwicklung würde das alte Reich heute wohl über 75 Millionen zählen.

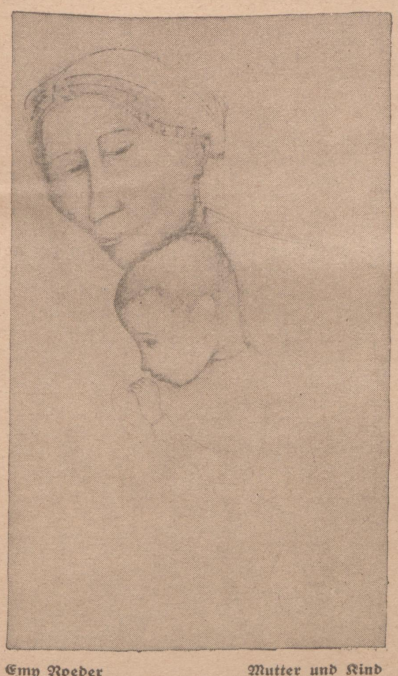
Da kam der gewaltige Aderlaß des Krieges. Rund 2 Millionen deutscher Männer blieben auf dem Felde der Ehre — ein Verlust, der nicht nur zahlenmäßig stark ins Gewicht fällt, sondern noch mehr in qualitativer Hinsicht als Verlust an bester Erbmasse unsere Zukunft belastet —, ferner verlor das deutsche Volk über ¾ Millionen Zivilpersonen infolge der Wirkungen der Hungerblockade, und 3 bis 3½ Millionen Kinder, deren Geburt normalerweise in den Kriegsjahren zu erwarten war, blieben ungeboren. Das ergibt einen durch den Krieg verursachten Verlust von insgesamt über 6 Millionen Menschenleben. Nimmt man noch hinzu die politische Losreißung von 6½ Millionen Reichsdeutschen, die zum weitaus größten Teil nach Abstammung, Sprache, Kultur und Willen zu uns gehörten, so schließt die Bevölkerungsbilanz des Krieges mit einem Verlust von 12—13 Millionen oder rund einem Fünftel der heutigen Einwohnerzahl des Reiches ab. Auch das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen hat durch den Krieg und die Friedensschlüsse erhebliche Verluste erfahren und führt einen schweren Kampf um seine Existenz.

Ob und wie das deutsche Volkstum innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen diesen Kampf um seine Existenz bestehen wird, hängt nicht zuletzt von seiner zahlenmäßigen Stärke ab. Ein gesundes, kräftig wachsendes Volk wird mit der Zeit auch den gewaltigen Aderlaß des Krieges wieder ausgleichen, und die staatspolitische Zerreißung des Deutschtums, so schmerzlich sie ist, braucht an sich nicht zu einer Verkümmerung des deutschen Volkstums zu führen. Ein gesundes Volk kann geknechtet, unterdrückt, zerrissen, aber nicht

ausgetilgt werden. Ausgelöscht und ausgetilgt kann ein Volk nur durch sich selbst, durch seine eigene Unfruchtbarkeit werden. Das ist in der Tat der gefährlichste Feind jeden Volkes. Kein Volk stirbt eigentlich aus, es wird ausgeboren.

Wie steht es in dieser Hinsicht mit unserem deutschen Volk? Seit der Jahrhundertwende, teilweise schon vorher, war im Deutschen Reiche, wie in fast allen Ländern Europas und auch in der neuen Welt, ein mehr oder weniger scharfer Geburtenrückgang zu beobachten. Im Jahre 1900 hatten wir bei einer Bevölkerung von nur 56 Millionen über 2 Millionen Geburten, 1927 bei einer Bevölkerung von 63 Millionen nicht mehr ganz 1,2 Millionen; 1900 trafen auf 1000 Einwohner im Reich noch 35,6, 1910 29,8, 1913 27,5, 1926 dagegen nur noch 19,5 und 1927 gar nur noch 18,3 Lebendgeburten. Auf 1000 verheiratete Frauen im gebärfähigen Alter (15—45 Jahren) trafen ehelich Geborene

| | |
|---|---|
| 1900 . . . . . | 295 |
| 1913 . . . . . | 216 |
| 1924 . . . . . | 151 |
| 1927 . . . rund | 130. |



Emy Roeder — Mutter und Kind

Die Gebärleistungen, berechnet auf 1000 verheiratete Frauen, sind also heute kaum noch halb so groß, wie sie zur Zeit der letzten Jahrhundertwende waren. Der Geburtenrückgang, der sich ja schon vor der Jahrhundertwende langsam andeutete, damals aber wegen des gleichzeitigen starken Rückgangs der Sterblichkeit nichts Besorgniserregendes hatte, hat im letzten Vierteljahrhundert sein Tempo und Ausmaß ganz ungewöhnlich verschärft.

Daß es sich dabei nicht etwa um die Folgen einer körperlichen Degeneration des Volkes, sondern vielmehr — von Ausnahmen abgesehen — in der Hauptsache um eine bewußte und willentliche Beschränkung der Kinderzahl handelt, tritt besonders klar zutage, wenn man die Geburten nach der Geschwisterzahl gliedert, wie dies beispielsweise für Bremen möglich ist. In Bremen ist von 1901—1925

die Zahl der Erstgeburten um ein Viertel
" " " zweiten Geburten um zwei Fünftel
" " " dritten " " drei "
" " " vierten " " drei Viertel

zurückgegangen und die höheren Geburtennummern sind praktisch so gut wie völlig ausgeschieden. Ähnliche Rückgänge sind im Lande Sachsen festgestellt, und auch im übrigen Reich verläuft die Entwicklung — wenn auch graduell verschieden — in gleicher Richtung: Rückgang der kinderreichen Familien auf der ganzen Linie!

Am weitesten fortgeschritten ist der Rückgang unter der städtischen Bevölkerung. Die Großstädte wachsen im allgemeinen nur noch durch Zuwanderung vom Lande und durch Eingemeindungen. Wären sie allein auf die eigene Vermehrung der großstädtischen Bevölkerung angewiesen, so würden sie verkümmern und aussterben.

Nach einer genauen Berechnung wären unter Zugrundelegung der heutigen Sterblichkeitsverhältnisse, wie sie sich auf Grund der neuen deutschen Sterbetafel ergeben, durchschnittlich 17,4 Geburten jährlich auf je 1000 Einwohner erforderlich, um den Bevölkerungsstand gerade noch zu erhalten. Von den 45 deutschen Großstädten gibt es nicht weniger als 37, welche bereits (zum Teil recht erheblich) hinter dieser Norm zurückbleiben, und zwar sind es gerade die größten unter ihnen, wie Berlin, Hamburg, München, Dresden, Frankfurt usw. Die deutschen Großstädte haben im Gesamtdurchschnitt eine Geburtenziffer (13,4 v. T.), die erheblich unter der der Weltstädte Paris (16,1) und London (17,1) liegt, und Berlin marschiert mit einer Geburtenziffer von 9,9 auch international hinsichtlich der Geburtenbeschränkung an der Spitze.

Auf dem Lande ist die Geburtenhäufigkeit zwar noch etwas größer, aber ebenfalls in unerwartet starkem Rückgang begriffen. Für das Reich im ganzen kann, wie erwähnt, 1927 nur noch eine Geburtenziffer vom 18,3 auf je 1000 Einwohner festgestellt werden. Wir sind also dem für die Aufrechterhaltung des Bevölkerungsbestandes erforderlichen Mindestmaß (von 17,4 v. H.) bedenklich nahegerückt. Ja, wir haben, wie ich in einer demnächst (im Verlag von R. Schoetz, Berlin) erscheinenden Schrift über den „Geburtenrückgang" näher begründet habe, die kritische Grenze bereits unterschritten. Berücksichtigt man nämlich die durch den Krieg bedingte Eigenart des Altersaufbaues unseres Volkes, so reduziert sich die heutige Geburtenziffer tatsächlich auf 15,9 v. T.; die „bereinigte" Geburtenziffer liegt heute schon um 1,5 Punkte „unter pari" (17,4 v. T.). Die tatsächlichen Gebärleistungen bleiben im Reichsdurchschnitt um rund ein Zehntel hinter dem Mindestsoll zurück; in Berlin beziffert sich das Geburtendefizit nach meinen Berechnungen sogar rund 60 v. H.! **Das deutsche Volk hat bereits aufgehört, ein wachsendes Volk zu sein. Es hat, wenn die Dinge so bleiben, wie sie jetzt sind, schon den ersten Schritt getan, um ein sterbendes Volk zu werden.**

Nun haben wir allerdings noch alljährlich mehr Geburten als Sterbefälle zu verzeichnen; aber diese Geburtenüberschüsse sind bereits auf die Hälfte ihres Vorkriegsstandes zusammengeschrumpft (von 800 000 auf 400 000) und schrumpfen mit jedem Jahr weiter zusammen. Und selbst diese kümmerlichen Reste sind Täuschung. Wir müssen unterscheiden zwischen Bevölkerungs-Zunahme und Bevölkerungs-Wachstum.

Was sind die heutigen Geburtenüberschüsse? Sie sind nur die rechnerische Abgleichung zwischen der jeweiligen Zahl der Geburten und der Sterbefälle. Bei der Eigenart des heutigen Altersaufbaus unserer Bevölkerung erscheint unsere heutige Sterbeziffer erheblich niedriger (12 v. T.) als dem tatsächlichen Stand der Sterblichkeit (17 v. T.), wie er durch die neue Sterbetafel mathematisch genau gemessen werden kann, entspricht. In den heutigen Sterbe- und Geburtenüberschußziffern steckt daher eine sehr erhebliche Hypothek des Todes, die in zwei bis drei Jahrzehnten fällig wird, dann nämlich, wenn die jetzt unverhältnismäßig stark besetzten mittleren Altersklassen dem Ende ihrer natürlichen Lebenszeit näherrücken. Wir haben heute knapp 3½ Mill. Menschen im Alter von über 65 Jahren, 1975 werden wir unter einer gleichgroßen Einwohnerschaft (nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts in Band 316 der „Statistik des Deutschen Reichs") deren acht Millionen haben. Wenn aber mit der fortschreitenden Überalterung und Vergreisung des Volkskörpers diese Hypothek fällig wird, werden die Geburten nicht mehr ausreichen, um die Zahl der Sterbefälle zu decken. Dann werden wir die schon jetzt vorausberechnete Bevölkerungsstagnation und den folgenden Bevölkerungsrückgang, der durch den heutigen Geburtentiefstand heraufbeschworen wird, mit Händen greifbar vor Augen haben.



Emy Roeder — Das Neugeborene

Soweit das zahlenmäßige Bild auch richtig erkannt wird, so wird doch vielfach die klare Beurteilung dieser Situation und ihrer Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes verdunkelt durch die gegenwärtigen Nöte, in denen wir leben. Vor allem die Massenarbeitslosigkeit, die nach dem Krieg und der Inflation über uns hereingebrochen ist, scheint (oder vielmehr schien) der sicherste Beweis für den Zustand einer starken Übervölkerung zu sein. Wozu also dann — so argumentiert man — die Aufregung über einen etwa bevorstehenden Bevölkerungsrückgang? Vielmehr sollte man froh sein, daß das Volk in diesem Maße zur Selbsthilfe der Geburtenbeschränkung greift. Denn je weniger Menschen vorhanden

sind, um so leichter werden sie Arbeit finden, um so besser werden sie leben können.

So einleuchtend diese Argumentation auf den ersten Blick erscheint, so gefährlich und abwegig ist sie! Durch den Vertrag von Versailles wurde der Lebensspielraum unseres Volkes in der Tat auf das empfindlichste eingeengt. Der Lebensspielraum des deutschen Volkes beruhte vor dem Krieg zu einem sehr erheblichen Teil auf dem Warenexport, d. h. ein großer Teil der Bevölkerung lebte von der Erzeugung solcher Güter, die im Ausland abgesetzt werden mußten, um damit die in Deutschland fehlenden Lebensmittel und Bedarfsartikel einkaufen zu können. Dieser zusätzliche Lebensspielraum wurde durch den Vertrag von Versailles von seiten unserer Gegner bewußt und mit klarer Absicht nach Möglichkeit abzuschnüren versucht. Diese Absicht ist nicht vollständig gelungen, und Deutschland macht alle Anstrengungen, um seinen Platz auf dem Weltmarkt wieder zurückzuerobern, um seine Bevölkerung wieder ausreichend beschäftigen und ernähren zu können. Es hat dazu ein klares Recht; sieht doch auch der Dawesplan vor, daß die Tributleistungen Deutschlands da eine Grenze finden sollen, wo die Lebenshaltung seiner Bevölkerung abzusinken droht. Nicht die Verminderung der Bevölkerung, sondern die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten für die vorhandene und zuwachsende Bevölkerung muß also das Ziel sein! Und es darf hinzugefügt werden, daß wir in den letzten Jahren auf dem Wege zu diesem Ziel immerhin ein gutes Stück vorwärtsgekommen sind. Viel bleibt allerdings noch zu tun; liegt doch unser Warenexport noch immer um etwa ein Drittel unter der Ausfuhr des Jahres 1913.

Geburtenbeschränkung wäre aber die verkehrteste und untauglichste Methode, mit der man die gegenwärtigen — im wesentlichen durch den verlorenen Krieg und seine Folgen bedingten und darum wohl auch vorübergehenden — Notstände bekämpfen könnte. Vom Standpunkt des heutigen Arbeitsmarktes aus gesehen, würde übrigens die weitere Geburtenbeschränkung keinerlei Entlastung bringen, denn Säuglinge und Kleinkinder kommen für den Arbeitsmarkt nicht in Betracht. Wohl aber könnte die übermäßige Geburtenbeschränkung von heute zu einer neuen nicht minder empfindlichen Störung des Arbeitsmarktes und der Lebenshaltung unseres Volkes in etwa zwei oder drei Jahrzehnten führen. Die Ungeborenen von heute werden in fünfzehn oder zwanzig Jahren auf dem Arbeitsmarkt fehlen. Aus dem einen Extrem der Übervölkerung droht unser Land in das andere viel gefährlichere der Untervölkerung zu fallen.

Einen praktischen Anschauungsunterricht über die Wirkungen des Geburtenrückganges werden uns schon die nächsten Jahre erteilen. Der Geburtenausfall der Kriegsjahre wird in den Jahren 1930 bis 1934, wenn auch keinen Mangel an Erwerbstätigen schlechthin, so doch einen empfindlichen Ausfall an erwerbsfähigem Nachwuchs und somit einen starken Lehrlingsmangel verursachen. Werden doch beispielsweise in den Jahren 1932 und 1933 knapp soviel Jugendliche (je 625 000) in das erwerbsfähige Alter (15 Jahre) eintreten wie heute (1927: 1,3 Millionen). Aber das wäre noch nicht das schlimmste, wenn es sich nur um einen vorübergehenden einmaligen Ausfall handeln würde. Nach den derzeitigen Geburtenzahlen muß aber damit gerechnet werden, daß auch in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre der erwerbsfähige Nachwuchs nie wieder die heutige Zahl erreichen wird. Ist doch heute schon die jährliche Zahl der Lebendgeborenen (1,16 Mill.) kleiner als der aus den 2-Millionen-Generationen der Vorkriegsjahre stammende jährliche Zuwachs an 15jährigen Kindern ist.

Versuchen wir einmal, uns klarzumachen, wie die Schrumpfung des jugendlichen Nachwuchses in unserer Volkswirtschaft wirken wird?

Die Gesamtzahl der erwerbsfähigen Männer, die bei der Zählung von 1925 rund 20 Millionen betrug, wird — dank der in das Erwerbleben nachrückenden starken Vorkriegsjahrgänge und dank der Verringerung der Sterblichkeit — vorerst noch weiter anwachsen, bis sie etwa um das Jahr 1965 ihren Höhepunkt mit etwa 24 Millionen erreicht haben wird. Mit diesem Zuwachs an Erwerbsfähigen, der die zwangsläufige Folge der bereits vor dem Krieg erfolgten Geburten ist, wird notwendigerweise auch das Volumen unserer Volkswirtschaft eine Ausweitung erfahren müssen. Das Volumen der deutschen Volkswirtschaft wird um das Jahr 1965 (also bei 24 Millionen erwerbsfähigen Männern) größer sein müssen als es heute bei 20 Millionen ist. Wenn aber dann in der Folgezeit die Masse der erwerbsfähigen Bevölkerung infolge des heutigen Geburtenrückgangs zusammenschrumpft (1975 wird es beispielsweise nur noch 23 Mill. erwerbsfähige Männer geben), fehlen dieser vergrößerten Volkswirtschaft die erforderlichen Träger. Die Volkswirtschaft wird also dann entweder ebenfalls zusammenschrumpfen müssen oder aber — und das dürfte das Wahrscheinlichere sein — sie wird den zu ihrer Aufrechterhaltung und Weiterführung erforderlichen Mehrbedarf an Menschen durch Heranziehung volksfremder Elemente befriedigen.

Hier ist nun der Punkt, wo es offenbar wird, in wie hohem Maße der Geburtenrückgang nicht nur ein quantitatives, sondern ein eminent qualitatives Problem ist. Ein Volk, das mangels eigenen natürlichen Wachstums dauernd volksfremde und rassenfremde Elemente in sich aufnimmt, wird — auch wenn es seinen Namen beibehält, auch wenn es stärkste Assimilationskraft entwickelt — naturnotwendig seine Wesensart, seinen Charakter ändern.

Die „Unterwanderung" eines Volkes durch volksfremde Elemente ist immer der Beginn einer „Umvolkung", die sich selbstverständlich nicht in wenigen Jahrzehnten, sondern im Laufe von Jahrhunderten vollzieht. Aber wie gründlich sie sich vollziehen kann, das können wir an dem Schicksal der antiken Völker studieren, von denen zum Teil überhaupt nichts, zum Teil nur noch der Namen am Leben geblieben ist. Heute sind wir Zeugen — wenigstens des Beginnes — eines solchen Prozesses beim französischen Volk, das wegen seiner sprichwörtlichen Geburtenschwäche eine starke Zuwanderung von fremdstämmigen Elementen zu verzeichnen hat, deren Einschmelzung zu Vollfranzosen kaum ganz nach Wunsch gelingen dürfte. Das deutsche Volk hat Anlaß, doppelt auf der Hut zu sein, namentlich im Hinblick auf das Vordringen des — mindestens vorerst noch — geburtenfreudigen Slawentums.



Emy Roeder — Geschwister

Der Gefahr einer solchen „Umvolkung" kann kein Volk, das sich seines eigenen Wesens und seiner eigenen Bedeutung bewußt ist, gleichgültig gegenüberstehen. Selbst wenn es sich um einen hochwertigen Zuwachs volksfremder Elemente handeln würde, so wünscht doch jedes Volk seine Eigenart zu erhalten. Handelt es sich aber um einen Zuwachs von rassenmäßig zweifelhafter Qualität, um einen Zuwachs aus Völkern mit niedrigerer Lebenshaltung und geringerer Kulturhöhe, so kann eine solche Zuwanderung zu einer nicht zu unterschätzenden Gefahr für Lebenshaltung, Kulturhöhe, Wesen und Charakter des ganzen Volkes werden. Welch' ungeheure politischen Gefahren aber das Nebeneinanderwohnen eines alternden unfruchtbaren Volkes und eines jugendkräftigen, fruchtbaren Volkes in sich birgt, brauche ich nur anzudeuten. Die hieraus entstehenden Verschiebungen der Bevölkerungsschwerpunkte, die Spannung zwischen Übervölkerung und Untervölkerung benachbarter Staaten sind in der Tat politische Faktoren ersten Ranges. Auch wenn es nicht zu unmittelbaren kriegerischen Konflikten kommt, so wird doch das politische Gewicht des in seiner Entwicklung stagnierenden Volkes innerhalb des Kräfteparallelogramms der Völker — auf lange Sicht betrachtet — nach und nach zurückgehen.

Geburtenrückgang ist Resignation, ist Verzicht auf Geltung im Rate der Völker, ist völkische Arterienverkalkung! Geburtenrückgang ist aber auch eine Gefahr für den wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Hochstand und für die ganze Wesensart eines Volkes.

II.

Diese letzten Konsequenzen, zu denen ein Verharren auf der Bahn, auf der sich jetzt unser Volk bewegt, führt, muß man sich klarmachen, wenn man an Erwägungen herantreten will, ob und wie diesen Gefahren für unser Volk mit Aussicht auf Erfolg begegnet werden kann. Vor allem aber muß man sich auch darüber klar sein, wo der Schaden, der bekämpft werden soll, eigentlich sitzt.

Das moderne Bevölkerungsproblem ist in seinem tiefsten Grunde ein Familienproblem. Träger, Bewahrer und Mehrer der lebendigen Volkskraft sind nicht die einzelnen Individuen in ihrer Isolierung, sondern die Familien. Die Familie ist die soziale und die biologische Zelle des Volkskörpers. Sind die Zellen gesund und kräftig, so ist auch der Volkskörper gesund und kräftig, schrumpfen sie ein oder sterben sie massenhaft ab, so ist der Volkskörper krank und muß verkümmern. Der heutige Geburtenrückgang

ist darum eine Zellenkrankheit des Volkskörpers und diese Krankheit greift immer weiter um sich.

Familie und Volk sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Darum kann sich ein Volk nur dann gesund und am Leben erhalten, wenn es für ein gesundes Gedeihen seiner Familien sorgt. Jedes Volk lebt in seinen Familien und durch seine Familien. Seine Zukunft hängt davon ab, ob es über eine genügende große Zahl von kinderreichen Familien, von Familien mit ausreichender Kinderzahl verfügt.

Nach einer eingehenden Berechnung, deren Methode ich in der erwähnten, demnächst erscheinenden Schrift über den Geburtenrückgang erläutert habe, sind zur Erhaltung des Bestandes der Familien und des Volkes durchschnittlich mindestens 3,2 Geburten je fruchtbare Ehe erforderlich.

Wenn auch die Berechnung — notwendigerweise — rein schematisch für den Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung aufgestellt ist, so zeigt sie doch klar, daß das Zwei- und auch das Dreikindersystem (oder richtiger Zwei- und Dreigeburtensystem) weder ausreicht zur Erhaltung des Bestandes der Familien, noch zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes.

Und doch greift in unserem Volke das Drei-, Zwei-, ja auch das Einkind- und Keinekindersystem immer weiter um sich. (In Berlin gab es beispielsweise im letzten Jahr mehr Eheschließungen als eheliche Geburten; es herrscht hier kaum noch das Einkindsystem!) Wenn vorerst noch der Bestand des Volkes erhalten bleibt und noch eine leichte Zunahme an Volkszahl zu verzeichnen ist, so ist das lediglich den Familien mit mehr als drei Kindern, den kinderreichen Familien zu danken. Diese kinderreichen Familien erhalten in Wahrheit das Volk am Leben.



Emy Roeder — Der Knabe

Der Wille zur Kleinhaltung der Familien hat verschiedene Ursachen. Man wird nicht bestreiten können, daß die Ursachen der hemmungslosen Geburtenbeschränkung — ganz allgemein gesprochen — zu einem erheblichen Teil im Wandel der Weltanschauung und der allgemeinen Lebensauffassung begründet liegen, und man wird deshalb alle Anstrengungen aufrichtig begrüßen müssen, die auf Erneuerung und Vertiefung der Lebensauffassung, auf Weckung und Pflege eines gesunden Familiensinnes abzielen. Aber auch darüber dürfte Einigkeit bestehen, daß daneben nicht minder gewichtige Gründe für die gewollte Kleinhaltung der Familien auf dem Gebiet wirtschaftlicher Überlegungen liegen. Bei unseren heutigen Wirtschafts- und Wohnungsverhältnissen leuchtet es ohne weiteres ein, daß es sich ohne Kinder oder mit wenigen Kindern bequemer und besser leben läßt als mit einer kinderreichen Familie. Und ist es auch nicht Bequemlichkeit und rücksichtsloses Streben nach größerem Lebensgenuß, so ist es die Angst und Sorge um das Fortkommen einer zahlreichen Nachkommenschaft, welche geburtenhemmend wirkt. In der radikalen Geburtenbeschränkung glaubt die große Masse des Volkes immer mehr den Ausweg aus den — durch die Kriegsfolgen und die Reparationslasten in besonderem Maße erschwerten — wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit gefunden zu haben, sieht sie das Mittel, um trotz wirtschaftlicher Not die frühere Lebenshaltung zu behaupten.

Jede Bevölkerungspolitik, die an diesen Tatsachen vorbeigeht, wird, so gut sie auch sonst gemeint sein mag, ihr Ziel verfehlen. Man muß deshalb in erster Linie dem rechenhaften Menschen seine wirtschaftlichen Argumente durch wirtschaftlich-soziale Gegenmaßnahmen aus der Hand nehmen. Man muß den Nachteil, den jetzt Kinderreichtum für die Familien in wirtschaftlicher Hinsicht zweifellos bedeutet, wenn auch nicht in einen Vorteil verwandeln, so doch so weit abmildern, daß die wirtschaftliche Last der Kinderaufzucht und Kindererziehung bei gutem Willen noch tragbar ist und nicht etwa zu einem Absinken aus der überkommenen gesellschaftlichen Schicht führt. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um die vollgültige praktische Realisierung des in Artikel 119 der Reichsverfassung niedergelegten Grundsatzes: „Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge."

In welcher Weise dieser Ausgleich herbeizuführen wäre, kann ich hier nicht des näheren auseinandersetzen. An praktischen Vorschlägen fehlt es nicht. Doch fehlt es offenbar noch vielfach an der Erkenntnis des Ernstes unserer Lage, an der Erkenntnis, daß es sich tatsächlich um die Lebensfrage unseres Volkes in des Wortes tiefster Bedeutung handelt. Unser Volk ist, wie sich aus den vorher mitgeteilten Zahlen klar ergibt, auf dem Wege, ein alterndes und sterbendes Volk zu werden. Wenn es vorerst noch kein sterbendes Volk ist, so ist das lediglich den einstweilen noch vorhandenen kinderreichen Familien zu danken.

# Zur Zeitgeschichte

## Umsturz in Jugoslawien.

Die Staatskrise Jugoslawiens, die durch die Errichtung des absoluten Königtums an Stelle der bisherigen Verfassung vom St.-Veitstage 1921 ihre vorläufige Lösung gefunden hat, wächst aus der starken Gegensätzlichkeit der verschiedenen Nationalitäten Großserbiens, insbesondere der Altserben und der Kroaten. Der tödliche Schuß, der am 20. Juni 1928 in der Skupschtina den Kroatenführer Stefan Raditsch traf, hatte in Wirklichkeit bereits die parlamentarische Behandlung dieser Gegensätze beendet. Die Kroaten, die zweitstärkste Partei, betraten seit diesem Tage das Belgrader Parlament nicht mehr und tagten selbständig in ihrer Hauptstadt Agram. Andrerseits suchte weder das Belgrader Rumpfparlament den Totschlag und seine politischen




Folgen auszugleichen, noch hat bis heute eine Aburteilung des Mörders stattgefunden. Koroschetz, Slowene, der nach dem Attentat das Kabinett bildete, mußte Ende Dezember zurücktreten, da der Demokratenführer Dawidowitsch die Viererkoalition (Serbo-Radikale, bosnische Muselmanen, slowenische Kroaten und Demokraten) sprengte: die Ernennung des Obersten Maximowitsch zum Grosschupan in Agram bot den Anlaß dazu, in dieser Form mit den Kroaten zu sympathisieren, wohl nicht ohne Hinblick auf nächste Wahlen.

Die Kroaten hatten sich selbst von der parlamentarischen Mitarbeit seit einem halben Jahre ausgeschlossen, Raditsch selbst hatte noch vor etwa Jahresfrist dem König den Gedanken einer Militärregierung nahegelegt: „Nur der Säbel ist ehrlich." Damit schien dem Kroatien, Dalmatien und Albanien bedrohenden Italien, dessen feindliche Nähe am stärksten von allen S.-H.-S.-Völkern die Kroaten empfinden, am eindringlichsten der einheitliche Selbsterhaltungswille des serbischen Staates gewiesen werden zu können. Raditschs Nachfolger in der Leitung der kroatischen Partei, Matschek, vom König mit zur Lösung der Neujahrskrise herangezogen, erklärte, das kroatische Problem könne nicht durch das Parlament, nicht durch diese oder jene Regierung geregelt werden, da Kroatien nie mehr am Belgrader Parlament teilnehmen werde; die Kroaten seien keine Partei, sondern ein Volk. Man verlangte also die Zerlegung des 1921 errichteten zentralistischen Großserbien in möglichst autonome Bundesstaaten nationalen Gepräges. Die Kroaten erkannten nur noch, wie sie sagten, die Landesgrenzen und die Dynastie als gemeinsam mit den andern Nationalitäten des Landes an, sie hatten praktisch jede andre Gemeinschaft mit den Serben, Slowenen,

Kroaten, Mazedoniern, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Rumänen, Deutschen, Albaniern gekündigt.

Diesem national-autonomistischen Gedankengang der Kroaten stand der großserbisch zentralistische des Königs gegenüber, der gemäß seiner Aufgabe außenpolitisch, gemäß seiner Beeinflussung militärisch betont war. Wenige Wochen vor der Krise war er in Paris gewesen. Man dürfte ihm hier nahegelegt haben, einen Ausgleich mit den Kroaten zu finden, um die innere Einheit des Landes nicht zu gefährden, um damit die Stellung nach außen hin nicht zu diskreditieren und damit weiter nicht die kleine Entente zu erschüttern, kurz um Frankreichs starken Stützpunkt auf dem Balkan Italien gegenüber nicht zu schwächen. Dem französischen Standpunkt dürfte auch England sekundiert haben. Von der Erfüllung dieser Bedingungen dürften sehr wesentliche finanzielle Aussichten des Landes abgehangen haben. Hier galt es für den König den Ausgleich zu finden: gegenüber einem Parlament, das sich selbst zersetzt hatte, gegenüber diesem außenpolitischen Druck, dem nachzugeben die einzige Möglichkeit zur Erhaltung Großserbiens schien.

Die Kroaten hatten — nach einem unpolitischen Übergangskabinett — Neuwahlen zum Zwecke einer Verfassungsrevision, besonders einer bundesstaatlichen Dezentralisation, ins Auge gefaßt. Der König, wie behauptet wird, unter dem Einfluß der Offiziersorganisation der „Weißen Hand", hielt die Betonung der machtvollen Einheit nach außen für wichtiger und stürzte am 6. Januar die konstitutionelle Verfassung zugunsten einer absoluten Monarchie mit all den Mitteln, die dieser Regierungsform im ganzen übrigen Europa weder Bestand noch Achtung haben sichern können: Verjagung der Volksvertretung, Ministerverantwortlichkeit allein der Krone gegenüber, die sämtliche Ernennungen selbstherrlich vollzieht, Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift unter Androhung schärfster Strafen, Auflösung aller national oder religiös betonten Parteien, Ersatz der gesamten Gesetzgebung durch königliche Erlasse, Absetzbarkeit der Richter u. dgl. mehr.

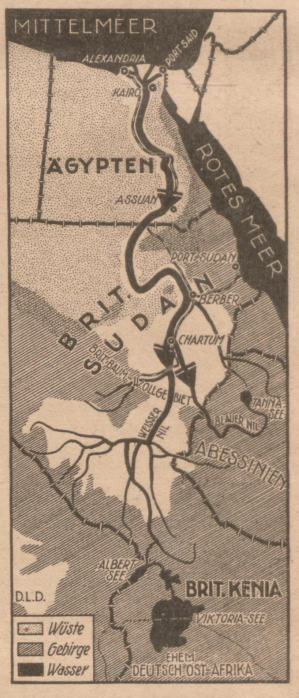
Ob die Kroaten in Wahrheit anfangs in diesem jähen Umschwung die Erfüllung ihrer Wünsche gesehen haben oder ob nur eine beeinflußte Berichterstattung diesen Eindruck erweckte, nach wenigen Tagen jedenfalls mußte ihr Führer Matschek bekennen: „Die Kroaten hatten Genugtuung für die Ermordung Raditschs verlangt und erhielten die Diktatur, die auf die Vernichtung des Kroatentums ausgeht." Auch das Echo im Auslande ist doch wesentlich kritisch und warnend, soweit man sich der auf diesem Boden recht unzuständigen Begriffe vom Bankerott des Parlamentarismus, der ja in Serbien nie bestanden hat, oder der Diktatur, die etwas andres als Absolutismus der Krone in einem Nationalitätenstaate ist, enthält. „Popolo d'Italia" lehnt daher den Vergleich mit dem Faschismus ab. Es handele sich eher um einen Abklatsch österreichischer Zustände, der ins Militaristische gesteigert sei. Bemerkenswert ist ein paralleler Gedankengang Herriots in der „Ere Nouvelle": Der Gedanke, der in Südslawien triumphiere, sei der Gedanke, den der letzte Herrscher Österreich-Ungarns verteidigt habe. Das sei nicht gerade das Resultat, das man (von der Neuordnung Europas durch den Versailler Vertrag) erwartet habe. „Times" erklären eine dauernde Rückkehr zum Absolutismus in Serbien für unmöglich. Man dürfe vom König erwarten, daß er die Leitung nicht unter die Kontrolle einer militärischen Kamarilla werde fallen lassen. England und ganz Europa verfolgten das Experiment des Königs mit besorgtem Interesse. Und am schärfsten vielleicht formt Abg. Prof. Dr. Hoetzsch diese Besorgnis: „Führt der Staatsstreich aber weiter von der Militärherrschaft zur Gewalt, dann setzt der König seine Person und seine Dynastie auf das Spiel. Dann riskiert er, daß die bisher schleichende Krise den Staat selbst gefährdet und auseinandertreibt . . . Man denke sich, was ein sich zerfleischendes und immer mehr geschwächtes Südslawien außenpolitisch für eine Gefahr würde, für den Frieden auf dem Balkan, für den Frieden in Europa!"

Ist man nach solchen Zeugnissen aus den verschiedenartigsten Lagern außenpolitisch an diesen Vorgängen kaum ganz unbeteiligt, so berührt uns die innere Neuordnung Jugoslawiens mindestens soweit, wie sie die deutsche Minderheit betrifft. Dieser Minderheit, die unter den 12 Millionen Seelen des S.-H.-S.-Staates etwa ¾ Millionen ausmacht, war bisher schon in bezug auf die Erfüllung ihrer kulturellen Wünsche, namentlich Schulfragen, so gut wie alles versagt. Der Druck und die offene Gewalt — der Abgeordnete Krafft erfuhr sie am eigenen Leibe —, die die Skupschtinawahlen verschärfte, hatte die Zahl ihrer Abgeordneten auf fünf herabgedrückt. Die neuesten Zwangsmaßregeln des Absolutismus bedrohen nun ihre letzte Möglichkeit, ihre Rechte öffentlich ausreichend zu wahren und zu fördern. Die mit erstaunlicher Schnelligkeit und scheinbarer Präzision erschienenen neuen Erlasse dürften in Wirklichkeit der mannigfachsten Auslegungen fähig sein. So wurde z. B. auf Grund des Verbotes der nationalen und religiösen Parteien und Organisationen bereits das Verbot der kroatischen, muselmanischen, slowenischen, deutschen Parteien gemeldet und jedesmal widerrufen, und bislang war keine Möglichkeit, über die sinngemäße Anwendung dieser Bestimmung wirkliche Gewißheit zu erlangen. An und für sich besteht wenig Aussicht, daß der deutschen Minderheit unter der neuen Ordnung bessere Zeiten beschieden sein werden, auch wenn die Regierung ihre Zusagen bezüglich einer administrativen Neugliederung der Landesteile einlösen sollte. Das Gefallen an den Mitteln des Absolutismus dürfte kaum das Bedürfnis nach Veränderung aufkommen lassen, auch wenn vorläufig noch den nationalen und bürgerlichen Freiheiten die schönsten Verheißungen gegeben werden.

## Ägypten.

Stärke wie Schwäche Ägyptens sind das Ergebnis seiner geographischen Lage an der Verbindung von Asien und Afrika, wie seiner natürlichen Fruchtbarkeit, die der Nil erzeugt. Das vom Wasser geschaffene, aber durch keinerlei natürliche Hindernisse geschützte Paradies wird von einem Volk von Phäaken bewohnt, das stets durch von außen herandringende Kräfte beherrscht wird. Selbst seine großen Herrscher waren fast ausnahmslos Abkömmlinge fremder Völker. Die Stärke des ägyptischen Volkes hat nie in der Aktivität gelegen, sondern liegt früher wie heut einzig und allein in der ungeheuren Vitalität seines Bodens. Der Naturkraft dieser Fruchtbarkeit hat bisher noch keiner der Eroberer Ägyptens widerstanden. Von den Hyksos bis zu den Türken sind alle Eindringlinge erstickt in der Fülle des vom Nil verschwenderisch ausgestreuten Segens.

Aus dieser Bedingtheit wird sich das Schicksal Ägyptens stets erklären und seine Rolle in den kommenden Geschehnissen des Mittleren Ostens wird sich im Rahmen der durch das Milieu gesteckten Grenzen halten. An der Schwelle der Neuzeit hat das Pharaonenland zweimal den Anlauf zu politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit genommen. Das eine Mal, als Mohammed Ali Ägypten durch die Eroberung des Sudans, Palästinas und Syriens zur größten Macht des Mittleren Ostens erhob. Das Land hat diese Periode künstlichen Auftriebs mit einer solchen völligen Verfalls bezahlen müssen, die schließlich zur britischen Okkupation geführt hat.




Die unter britischer Herrschaft einsetzende zweite Epoche des Aufstiegs war wirtschaftlicher Art. Der Weltkrieg und die Jahre des Rohstoffhungers der Nachkriegszeit brachten Ägypten einen von 1915 bis 1925 dauernden boom. Seine Nachwirkungen, die sich positiv in einem riesenhaften Anwachsen des Volksvermögens bemerkbar machten, fangen an, ins Negative umzuschlagen. Die ägyptische Landwirtschaft, die wichtigste Reichstumsquelle des Landes, hat sich fast ausschließlich auf die Baumwolle konzentriert, die heute aus einem für die Wirtschaft Europas unentbehrlichen Standardprodukt zu einem, allen Schwankungen des Weltmarktes ausgesetzten Risikoartikel geworden ist. Einmal hat die Konkurrenz der Vereinigten Staaten, Indiens und des Sudans die Absatzmärkte verkleinert und Ägypten hat sich in diesem Konkurrenzkampf nicht durch gesteigerte Qualität und Intensivierung seiner Methoden behaupten können.

Die aus der Krise des wichtigsten ägyptischen Produktes drohende Erschütterung der Wirtschaft wird beschleunigt durch die Wirkungen eines allzu schnell und mühelos erworbenen Reichtums. Der allgemeine Lebensstandard in den Städten wie in den Dörfern ist so stark gestiegen, daß ein Zurück zu den bescheidenen Verhältnissen früherer Zeiten fast unmöglich ist. Eine starke Einwanderung hat die parasitären Elemente der Wirtschaft vermehrt. Der wachsende Einfluß der Europäisierung hat die Lebensbedürfnisse der eingeborenen Mittelschicht gesteigert, ohne einen entsprechenden Ausgleich durch neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Wie in Japan und Indien droht eine Krise der Intelligenz, für die kein anderes Betätigungsfeld vorhanden ist als der Staatsdienst. Noch katastrophaler wirkt sich die rapide Zunahme der bäuerlichen Bevölkerung aus, für deren Ernährung die gegenwärtige Anbaufläche bei weitem nicht mehr genügt. Ihr Überschuß kann nicht durch eine Industrie aufgenommen werden. Er drängt sich in die Städte und verwandelt sich in ein unter unsicheren Verhältnissen lebendes Lumpenproletariat.

Die relative Stabilität seiner Wirtschaft verdankt Ägypten lediglich den schlechten Baumwollernten seiner Konkurrenten, aber von solchen Zufällen kann eine Wirtschaft auf die Dauer nicht leben. Eine Wiederholung der Baumwollkrise des Jahres 1926 wird den Anfang zu einer Periode schwerer ökonomischer Depressionen machen, die zu einem völligen Zusammenbruch der ägyptischen Wirtschaft

führen muß, wenn nicht sehr bald ihre Reform an Haupt und Gliedern erfolgt.

Die große Politik Ägyptens zeigt nicht viel freundlichere Perspektiven. Es ist eines ihrer Axiome, daß an allem, was faul im Staate Ägypten ist, die Schuld auf England fällt und daß die englische Herrschaft wie ein Alpdruck auf dem Lande liegt. Diese Behauptung ist zum mindesten stark übertrieben. Als wirtschaftlicher Ausbeuter Ägyptens kommt England heute weniger in Frage. Es hat an dem Niltal überwiegend ein strategisches Interesse. Auch der Suezkanal spielt in den englischen Erwägungen seit dem Weltkriege nur noch eine sekundäre Rolle. Die große Bedeutung Ägyptens besteht in seiner Lage als Verbindung zwischen dem afrikanischen und asiatischen Kolonialbesitz Großbritanniens. Der Land- und der Luftweg Kapstadt—Kalkutta ist für die Strategie des Empire heute bei weitem wichtiger als der Seeweg nach Indien über Suez. Wirtschaftliche Vorteile im ägyptischen Herrschaftsbereich hat England nur im Sudan gesucht und gefunden, der deshalb als Streitobjekt bei der englisch-ägyptischen Auseinandersetzung auch von Jahr zu Jahr mehr in den Vordergrund rückt. Englisches Kapital ist mit Erfolg dabei, aus dem Sudan das wichtigste Produktionsland für die englische Baumwollindustrie zu machen, und seine Konkurrenz wird in Ägypten heute schon sehr unangenehm empfunden.



Auf dem Nil bei Kairo

Obwohl der Haß gegen England in der ägyptischen Politik ein unentbehrliches Requisit darstellt, wird die englische Herrschaft von den Ägyptern aller Parteien als ein Stück gottgewollte Abhängigkeit empfunden, mit der noch auf lange Zeit hinaus zu rechnen ist. Der Kampf in Ägypten geht daher im Wesen weniger um die Loslösung von England, als um innerpolitische Machtpositionen. Seine Exponenten sind die Krone auf der einen und das Parlament auf der anderen Seite. In Wirklichkeit handelt es sich aber um die Auseinandersetzung von zwei divergierenden Wirtschaftsanschauungen. Dabei sind die Rollen für europäische Begriffe umgekehrt verteilt. Die Gruppe der Demokraten setzt sich aus dem Großgrundbesitz, der städtischen Intelligenz und der Beamtenschaft zusammen. Ihre politische Vertretung sind die Nationalisten, die mit „Wafd" bezeichnete bisherige Mehrheit des durch einen Staatsstreich aufgelösten ägyptischen Parlaments. Auf der anderen Seite steht das nach der Europäisierung der Verwaltung und der Wirtschaft drängende Finanzkapital, das in der Industrialisierung des Landes das wichtigste Präventivmittel zur Verhütung der wirtschaftlichen Katastrophe sieht. Die Anschauung dieser Kreise kristallisiert sich in einer Ideologie, in der faschistische Ideengänge mit denen aus der orientalischen Ideenwelt stammenden Auffassung eines weisen Despotismus bunt durcheinander gewirbelt sind. Den geistigen Mittelpunkt dieser Gruppe bildet König Fuad und sein Organ, der Präsident des gegenwärtigen Kabinetts Mohammed Mahmud. Der ägyptische Ministerpräsident steht hoch über dem Durchschnitt der nach materiellen Vorteilen und Pöstchen jagenden ägyptischen Politiker. Er ist ein vermögender, in den besten Jahren stehender begabter Mann, der sein geistiges Vorbild in Mussolini sucht. Mohammed Mahmud hat sein Regierungsprogramm zwar noch nicht in ein faschistisches System gebracht, aber es ist positiv wie negativ auf die Wirkung der starken Hand von oben her aufgebaut. Einer seiner wichtigsten Programmpunkte ist die Beseitigung der sich steigernden Landnot durch eine großzügig angelegte Wasserwirtschaft. Der Acheron der Fellachen und des städtischen Proletariats soll gegen die parlamentarische Demokratie der Nationalisten durch die Aussicht auf eine Politik der sozialen Reformen mobil gemacht werden.

Der Kampf zwischen Demokratie und Diktatur wird aller Wahrscheinlichkeit nach sehr lange ohne endgültige Entscheidung geführt werden. Diese Entscheidung wird erst dann fallen, wenn die bäuerlichen Massen Ägyptens politisch und kulturell soweit sein werden, ihr eigenes Wort zu sprechen. Bis dahin wird der Staatskarren Ägyptens sich schlecht und recht über holperige Straßen hinwegschleppen und zeitweilig die Diktatur, zeitweilig die Demokratie als Vorspann haben. England wird bei diesen Plänkeleien stets der gewinnende Teil bleiben, denn keine der um die Macht ringenden Parteien wird sich ohne seine Hilfe am Ruder halten können. Es wird dadurch in die angenehme Lage versetzt, auf das nach außen sehr schlecht wirkende Mittel der militärischen Kontrolle Ägyptens verzichten zu können und sich mit der Anwendung weniger provozierender Druckmittel zu begnügen. Hierbei ist die Kontrolle der ägyptischen Wasserwirtschaft vom Sudan her dazu bestimmt, die wichtigste Rolle zu spielen. Das Schicksal Ägyptens kann auf diese Weise von den Quellen des Nil her durch die Öffnung oder die Sperrung der großen Reservoire am Weißen Nil, am Albert- und am Tsanasee ohne große Anstrengung telepathisch dirigiert werden.

Aus dem Gefühl seiner Ohnmacht England gegenüber wird das Bestreben Ägptens nach Bundesgenossenschaft immer stärker. Der Kompaß der ägyptischen Außenpolitik weist für die Nationalisten wie die Anhänger des Königs in der gleichen Richtung. Beide sehen die Rettung Ägyptens im Anschluß an die um ihre Selbständigkeit ringenden oder für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker und Staaten des Mittleren und des Fernen Ostens. Dabei hat die Außenpolitik der Nationalisten keineswegs den Vorzug einer übergroßen Bestimmtheit. Sie beschränkt sich im wesentlichen auf Sympathiekundgebungen für alles, was nach Opposition gegen England schmeckt. Die Taktik ihrer Gegner ist realpolitisch weit besser fundiert. Diese suchen den Anschluß an diejenigen Staaten, in denen sich die sogenannte Wiedergeburt wie in der Türkei, Persien und Afghanistan in der Europäisierung mit der Diktatur als wichtigstem Antrieb auswirkt. Ihr Endergebnis wird ein Block der sogenannten unabhängigen islamischen Staaten sein. Mit dieser Konstellation werden sich auch die Nationalisten am Ende schlecht und recht abfinden, obwohl dieser Block in Wirklichkeit das stärkste Hemmnis für eine Befreiung der Völker des Orients sein wird, denn er ist seinem Wesen nach selbst in der türkischen Republik durchaus antidemokratisch.

Zu seiner eigentlichen Aufgabe, sich zu dem Lande zu entwickeln, das der arabischen Welt den Kontakt mit Europa vermittelt, wird Ägypten wohl erst durch ein längeres Fegefeuer verfehlter politischer und sozialer Experimente kommen. Diese Aufgabe wird es erst dann erfüllen können, wenn es zu einem zur Mehrzahl von wohlhabenden und intelligenten Kleinbauern bevölkerten Lande wird, das seiner städtischen Bevölkerung das wirtschaftliche und moralische Rückgrat für den Widerstand gegen die von Europa her kommenden, der orientalischen Denk- und Lebensweise widersprechenden Einflüsse geben wird. Dann wird Ägypten in der Lage sein, das Widerspiel der Kräfte zwischen Orient und Okzident zu ordnen, und nicht mehr nötig haben, seine Energien in Kompromissen zu verschwenden, die seine herrschende Klasse aus Sorge um die Erhaltung ihres materiellen Besitzes dauernd mit seinen Unterdrückern einzugehen genötigt ist.

Karl Loewy, Haifas.

# Blick in die Bücher

**Dr. Bruno Rauecker:** Rationalisierung als Kulturfaktor. Verlag Reimar Hobbing, Berlin. 182 Seiten. Geb. 8 RM.

In der Fülle der literarischen Neuerscheinungen, die sich mit den Problemen der Rationalisierung befassen, nimmt das Buch Raueckers dadurch eine besondere Stellung ein, daß es sich nicht so sehr mit der wirtschaftlich-technischen Seite des Fragenkomplexes beschäftigt, als mit seiner sozialen und geistig-ethischen Seite. Es ist nötig, die Dinge auch einmal von diesem Blickpunkt aus zu betrachten. Gerade die Grenzen der Rationalisierungsmöglichkeiten lassen sich von hier aus klarer und eindeutiger übersehen, da doch schließlich nicht allein die technische und wirtschaftliche Potenz sie bestimmt, sondern auch in hohem Grade der Mensch als beseelter Träger der Arbeit. Der Verfasser sieht in der Vereinheitlichung der Wirtschaft und der Lebensführung, wie sie die Rationalisierung anstrebt, einen Gewinn für Mensch und Menschheit. Er ist der Auffassung, daß damit starke Kräfte frei werden für die Aufnahme kultureller Werte. Daher wendet er sich mit besonderer Liebe der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Rationalisierung und Religion, Ethik und Kunst zu und kommt dabei zu dem Resultat, daß in der versachlichten Welt mehr Raum und Zeit für die Angelegenheiten der Seele sein wird als in der Gegenwart und in der jüngsten Vergangenheit.

Es ist ein Verdienst Raueckers, daß er zum erstenmal geschlossen und dazu in interessanter und geistvoller Form die Zusammenhänge des wirtschaftlich-technischen Problems der Rationalisierung mit den höchsten geistig-seelischen Kräften der Menschen anpackt und klarlegt. Wenn auch heute darüber noch nicht das letzte Wort gesagt werden kann, so weiß der Verfasser doch die großen Beziehungslinien herauszuarbeiten. Seine außerordentliche Belesenheit erlaubt es ihm, Kronzeugen aus jedem Lager für seine Darlegungen heranzuziehen. D.

**„Aus meinem Leben"** von Adolf Damaschke. Neu durchgearbeitete Auflage. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin. 348 S.

Der Vater der Bodenreformbewegung in Deutschland gibt in diesem Buche die Geschichte seines Lebens. Was er erzählt, ist Selbsterlebtes und daher besonders reizvoll. Packend weiß er zu schildern, ob es sich nun um Jugendeindrücke, um Erlebnisse in der Präparandenanstalt, im Seminar, um seine berufliche Tätigkeit als Lehrer oder um seine politische und bodenreformerische Tätigkeit handelt. Hier spricht ein Mann, der mit offenem und kritischem Blick durchs Leben gegangen ist. An alle Erscheinungen des öffentlichen und persönlichen Lebens legt er die Sonde. Sozialhygiene, Volksgesundheit und Bodenreform sind die Leitsterne seines Lebens gewesen. Als ein Kämpfer auf dem sozialen Felde ist er durchs Leben gegangen. Als Kämpfer steht er auch heute noch da. Niemand wird ohne Ergriffenheit diese Selbstbekenntnisse aus der Hand legen.

# Anklam in Pommern / *Vom Beigeordneten Dr. jur. Armin Graebert.*

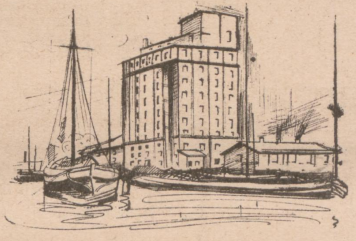


Das an der schiffbaren Peene gelegene Anklam, Schnellzugstation der großen Strecke Berlin—Stockholm—Oslo, ist in knapp drei Stunden von Berlin erreichbar. Nur 29 Minuten Bahnfahrt liegt es von der ehrwürdigen Universität Greifswald entfernt. In einer Stunde ist man in Stralsund und in Stettin. Nicht ganz die gleiche Zeit benötigt man, um in Swinemünde alle Sommerfreuden genießen zu können, und von seinem Hafen ab fährt der Dampfer nach Zinnowitz. So liegt der Kranz der Ostseebäder in unmittelbarer Nähe Anklams, und Strom und Haff laden ein zum schönsten Wassersport. Die große Automobilstraße nach der Ostsee führt mitten durch die Stadt. Viele Fremde besuchen sie daher alljährlich, aber auch alle anderen, die nach Greifswald, Stralsund und der Insel Rügen mit der Eisenbahn fahren, sollten nicht vergessen, einmal hier auszusteigen. Sie werden eine Besichtigung der fast 16 000 Einwohner zählenden alten Peenestadt später gewiß nicht bereuen.



Markt mit Nikolaikirche

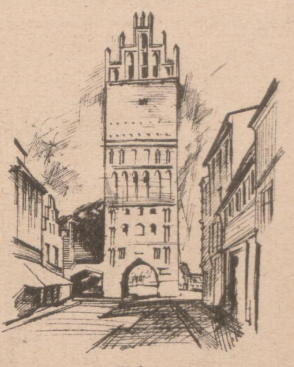
Die erste urkundliche Nachricht von Anklam entstammt dem Jahre 1243, die erste Stadturkunde findet sich 1264. Barnim I. verleiht darin den Bürgern Zollfreiheit in seinen Landen. Die Stadt muß um jene Zeit schon bedeutend gewesen sein, denn sie nahm 1283 an der Stiftung des Rostocker Landfriedens teil und gehörte seitdem dauernd dem Bunde der wendischen Ostseestädte an, die später das Lübische Drittel der deutschen Hanse bildeten. Sie beschickte auch stets die Hansetage mit ihren Sendboten und beteiligte sich an den Hansischen Rezessen. In den Kriegen der Hanse zeichnete sie sich vielmals aus. So machte sie 1361—69 erfolgreich den Feldzug gegen König Waldemar Atterdag von Dänemark mit. Ein andermal, 1394, stellte sie Truppen zur Hansischen Friedensflotte gegen die Vitalienbrüder. Wegen ihrer den Herzögen von Pommern bewährten Treue wurde sie oft mit umliegenden Dörfern beschenkt. Im Innern aber führte die Stadt mehr als ein Jahrhundert erbitterte Fehden gegen den umliegenden Adel, besonders die Schwerine. Aus jener Zeit stammt noch der unweit gelegene Hohenstein, eine Turmruine, die einstmals als Wartturm diente. Feuersbrünste und Seuchen suchten Anklam in der Folgezeit mehrfach heim, aber nichts lastete so schwer auf ihm als die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges. Drei Jahre hielten die Schweden die Stadt besetzt, dann kamen die Kaiserlichen hinein, die aber wegen des Mangels am Allernotwendigsten bald wieder abzogen. Nun wurde Anklam schwedisch. 1657 zogen die Polen bis dicht vor die Tore, 1676 eroberte es der Große Kurfürst, 1711 hausten die Russen in ihm. Nur durch einen Zufall wurde Anklam vor vollständiger Verbrennung bewahrt. Im Stockholmer Frieden, 1720, kam es wieder an Preußen. Friedrich Wilhelm I. nahm sich der schwergeprüften Stadt mit besonderer Liebe an. In kurzer Zeit entstanden fast 100 neue Häuser. Der König förderte den Wohnungsbau mit allen Mitteln. Im Siebenjährigen Krieg mußte Anklam eine sechsmalige Besetzung durch die Schweden über sich ergehen lassen. Friedrich der Große ließ, um eine Festsetzung der Schweden zu hindern, die Festungswerke schleifen und übergab sie den Einwohnern als Gärten.



Peenepartie mit Silo-Speicher

Der große Wall ist heute in eine Promenade umgewandelt, die mit ihren schmucken Anlagen zum Spaziergang einladet. Ein alter Pulverturm mahnt noch an vergangene Zeiten. Auch der kleine Wall und die Ravelinstraße, benannt nach dem Ravelin, einer zwischen zwei Bastionen gelegenen halbmondförmigen Schanze, erinnern an die Zeit, da Anklam Festung war. Von den Toren der Stadt ist nur das Steintor übriggeblieben. Als altes Wahrzeichen steht es an verkehrsreichster Stelle. Es ist ein gefälliger gotischer Giebelbau von 32 m Höhe, aus Ziegeln im Rohbau errichtet und durch Friese und Spitzbogen belebt. Hier beginnt die Steinstraße, die Hauptverkehrsader der Stadt, in der sich auch das Postamt befindet. Sie endet in dem 1 ha großen, regelmäßig viereckigen Marktplatz. Man bemerkt auf ihm ein besonders schönes der in der ganzen Stadt verteilten Giebelhäuser, mit einem Backsteingiebel aus dem 16. Jahrhundert. Von 1742 stammt ein guter Barockbau. An der Nordostecke des Marktes steht die Nikolaikirche. Dies ehrwürdige Bauwerk mit einem 100 m hohen Turm, das bedeutendste der Stadt, eins der hervorragendsten der Provinz, ist dem Schutzheiligen der Schiffahrenden geweiht. Das Innere der Kirche ist reich an wunderbaren Holzschnitzereien, unter denen besonders der dreiteilige Altarschrein in die Augen fällt. Alle Stilarten von der Frühgotik bis zum Empire sind vertreten. Von 1907 bis 1909 wurde die Kirche unter großem Kostenaufwande völlig wiederhergestellt. Einzig schön ist das Geläute, wie man es wohl nur selten von so milder Eindringlichkeit zu hören bekommt. Die eigentliche Hauptkirche Anklams ist die Marienkirche auf dem Paradeplatz. Auch ihr Inneres ist reich geschmückt. Das Mittelbild eines der dreiteiligen Altarschreine stellt die Kreuzigung in der strengen Stilisierung des 14. Jahrhunderts dar. Die Heiligegeistkirche, 1738 als Garnisonkirche neu gebaut, dient heute als Wohnung für Stiftsangehörige. Eine romanische, turmlose katholische Kirche mit harmonischer Ausstattung im Innern wird hauptsächlich von den polnischen Schnittern besucht. Auf der Mitte des Marktes stand früher das Rathaus. Im vorigen Jahrhundert wurde es niedergerissen. Das neue Rathaus erhebt sich an den Ufern der Peene. Durch die geschäfts- und verkehrsbelebte Peenstraße ist es mit dem Markt verbunden. Der schöne Bau fällt durch seine stattliche Größe auf. Wie seit Jahrhunderten ist Anklam auch jetzt auf Erhaltung und Vermehrung des Gemeindegrundeigentums bedacht und treibt eine gesunde bodenreformerische Bodenvorratswirtschaft.

Unmittelbar am Rathaus liegt die neue Peenebrücke. Sie ist eine Steinbrücke mit elektrischem Aufzug und wurde 1927 unter erheblichen Opfern für die Stadt mit einem Kostenaufwand von etwa 500 000 Mark fertiggestellt. Von der Brücke blickt man rechts und links auf das buntbewegte Bild des Hafens mit seinen zahlreichen Masten und Schornsteinen. Im Hintergrunde steht der Silo, ein vielstöckiges Kornhaus. Von seiner Spitze bietet sich eine weite Aussicht. Erwähnenswert sind noch das Landratsamt, das Finanzamt, das Amtsgericht, die Berufsschule, das Warmbad sowie die schönen Gebäude des Gymnasiums und des Lyzeums. Zahlreiche Stifte befinden sich in der Stadt. Die Zuckerfabrik zählt mit zu den größten ihrer Art. — Neben den Anlagen am großen Wall erfreuen besonders die noch neueren Hohenzollernanlagen, der Bluthsluster Park mit dem Schützenheim und der Soldatenfriedhof. Er ist ein Schmuckplatz mit einem Obelisk zur Erinnerung an die Gefallenen aus den Kriegen der Einigungszeit und dem Ehrenfriedhof für die des letzten Krieges. Der Park erstreckt sich bis zum Wasserturm. Hier steht die vor zwei Jahren gepflanzte Damaschke-Eiche. Daß die Gedanken des großen Bodenreformers auch weit in Pommern Wurzeln geschlagen haben, davon zeugt ferner der Damaschkeweg in einer der Siedlungen der Stadt. So beginnt auch hier der Tag zu grauen, an dem neue Wahrheit sich sieghaft durchsetzen wird.



Steintor

### Geschäftliche Mitteilungen.

Daß der edle Bienenhonig eins der wenigen Naturerzeugnisse ist, das wie kaum ein anderes bei Kindern und Alten, Gesunden und Kranken kräftigend und heilend wirkt, ist leider noch viel zu wenig bekannt. Nicht jedem Honig wohnen diese Kräfte inne. Honig und Honig ist keineswegs dasselbe. Als eine Firma von altem gefestigten Ruf, eine äußerst preiswerte Lieferantin von nur hochwertigem, aromatischem Bienenhonig gilt seit langem die Großimkerei und Honighandlung Robert Isterheil in Ebersbach (Sa.) Mehr als viele Worte besagen folgende Tatsachen: Bei dieser Firma gingen 1928 lt. amtl. Beurkundung nicht weniger als 1615 Anerkennungen unaufgefordert ein und sie gewann im gleichen Jahre allein durch Empfehlung alter treuer Kunden 2069 neue Kunden. Ihr eigener Vorteil ist's von oben erwähnter Firma, deren erster Grundsatz ist, durch äußerst preiswerte Lieferung eines wirklichen Edelhonigs nicht nur Dienst am Volke, sondern auch Dienst am Nächsten zu üben, ein bemustertes Angebot zu erbitten. Anzeige in der heutigen Nummer.


**Nur Zivil- und Staats-Beamten und Leuten mit festem Einkommen**

liefern wir seit 1884 direkt ab unserer Fabrik

**Oberbetten,**

**Unterbetten, Plumeaus und Kissen**

streng diskret auf ½ Jahr Ziel, gegen monatliche Ratenzahlungen, erste Zahlung 1 Monat nach Lieferung zu unseren streng festen Kassapreisen. Jedes Bett wird nach Wahl der Bettfedern und Stoffe für jeden Kunden besonders angefertigt.

**Keine billig., minderwert. Nachnahmebetten**

1. Über 400 000 Kunden in über 10 000 Städten u. Orten Deutschlands
2. Mehr als 100 000 Kunden haben zum 2. Male und öfter nachbestellt
3. Viele Kunden schreiben, daß solch gute Betten am eigenen Platze zu diesen Preisen nicht zu kaufen sind.

Obige drei Angaben sind amtlich geprüft und notariell bestätigt

**Gebr. Passmann A.-G., Köln 149**

**Trierer Str. 13**

Größtes Spezialhaus Deutschlands in nur Oberbetten, Unterbetten, Plumeaus und Kissen. / Gegr. 1884 — Da wir weder Reisende noch Agenten haben, zahlen wir keine Provisionen usw. und Sie haben dadurch den Nutzen und außerdem Gewähr für strengste Verschwiegenheit. Bestellen Sie daher in Ihrem eigenen Interesse. Muster und Preisliste gratis. Auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

**Gräfin v. Königsmarck'sche Weinkellerei**

Editha Gräfin v. Königsmarck a. h.

**Koblenz**

a. Rhein u. Mosel

Königsmarcks Kellerabfüllungen — der deutsche Wein für das vornehme gastliche Haus!

Fördermitglied des Reichsverbandes der Rheinländer



Schlaf ist Medizin!

**Steiner's Paradies-Betten**

Paradiesbettenfabrik

M. Steiner & Sohn A.-G.

Berlin W 8, Leipzigerstr. 123 a




klebt, leimt, kittet Alles

Gute **Bücher** Listen gratis besond. billig Nova. München 2 Schließfach 101

**PIANOS**

HARMONIUMS, neue, gebrauchte, ohne Anzahlung. APOLLO-MUSIKHANDEL Berlin N 24, Friedrichstr. 114 (Oranienburger Tor)



**Diese Uhr**

24-Stunden-Zifferblatt, Ia Ankerwerk vers. mit vergold. Ränd. sow. gut verg. Kavalierk. m. 2jähr. schriftl. Gar. f. nur zusammen M. 6,50

**„Estra" Halle a. d. S.** Nr. 53.

**Photo-Spezialhaus**

liefert erstklassig. Photoapparate gegen bequeme Monatsraten.

Photo-Hoff, Rhöndorf/Rh.



„BACCHUS"

**WEIN-SCHRÄNKE**

PREISLISTE GRATIS

JOH. NIC. DEHLER COBURG 14

**Radio**

**Apparate u. Teile**

gegen 3—6—9—12

**MONATSRATEN**

Liste H kostenlos.

**B. Tippner & Co.**

Berlin SW 61

Blücherplatz 3.

Filiale: Königgrätzer Straße 123 (Potsd. Bhf.)



Diese 6teilige Schreibzeuggarnitur, Plattengröße 27×16 cm, ist für M. 12,75 a. weißem Harzerstein, für M. 15,75 a. dunkl. Thüringerstein ab Verkaufslager — Versand nur geg. Nachn. zu haben. M. E. LEFELD, Hamburg 36, Z Postf. 154/3



Echte Harzer **Edelroller**

direkt aus dem Harz, von M. 9,— an, Stammvögel, Vorsg., Zuchtpaare, schneeweiße Kanarien, Futter, **Farben Wellensittiche** Preisliste frei, Feinzucht edler Kanarien u. Wellens.

REININGER, QUEDLINBURG I. H. 71.

**Briefmarkensammler**

Seit 35 Jhr. vertritt „Die Post" eure Interess. Herv. Facharbeiten, Preisrätsel, Gratisprämien. Probe-Nr. gr. Verlag „Die Post" Wilhelmshav.-R.2. Postfach 65 J

**1025** versch. echte **Briefmarken** aller Länder, dar. Brschw., Thurn u. Taxis, Sachsen, Preuß. u. 24 vsch. dtsch. Kol., nur M. 3,85. Gr. ill. Preisl. ü. Altd. sow. Ldpak. u. Brfm.-Alb. kostl. **Max Herbst,** Markenh. **Hamburg 255**

**HONIG**

(Blüten-Schleuder)

allerfeinste

**„Auslese"**

**Garantie für Reinheit,** 10-Pfd-Eimer M. 11.50, 5 Pfd. M. 6.75 franko. Nachn.-Gebühr trage ich.

**Frau Pastor Kärner Ww., Aumühle 85 (Bez. Hamburg).**

**1** steht fest: **Honigkenner** bevorzug. Honig unt. genannt. Firma. Gewähr f. sachgem. gewonn. u. behandelte Edelware v. köstl. Aroma u. unübertroffener Heilkraft. Behördliche Aufsicht verbürgt Reinheit. **Zahlen beweisen:** 1928 lt. amtl. Beurkundung 1615 freiw. Anerkennungen, durch Empfehlung alter Kunden 2069 neue Postkunden! In einem Monat 1344 Nachbestellungen! Fordern Sie bemustertes Angebot! Preise ermäßigt!

**Großimkerei und Honighandlung Robert Isterheil, Ebesbach (Sa.) 131**

**Aus 6 Pfd. alten Wollsachen**

werden 18 Mtr. Damenstoff oder 9 Mtr. Herrenstoff sehr schön und billig umgearbeitet, ebenso zu Teppichen, Läufern und Bettvorlagen, Schlaf-, Pferde- und Kuhdecken. WOLLWEBEREI HEINR. SEIM, Lardenbach 72, Oberh. Verlangen Sie Muster und Anfertigungspreis.

**Sonder-Angebot**

**Bouclé-Teppiche**

ca. 140x200 RM 31
„ 175x250 „ 49
„ 200x300 „ 68
„ 250x350 „ 100

**Axminster-Teppiche**

ca. 140x200 RM 31
„ 175x250 „ 41
„ 200x300 „ 61
„ 250x350 „ 96

**Velour-Teppiche**

ca. 140x200 RM 38
„ 175x250 „ 54
„ 200x300 „ 80
„ 250x350 „ 121

Unikork-, Granit-, Jaspe-Moire, Tisch- und Inlaid-

**LINOLEUM**

Stragula, Druck und Inlaid Läufer. Vorlagen u. Teppiche

Kokos, Boucle, Brüssel. Velour u. Tournay-Auslegeware u.

**TREPPENLÄUFER**

Tischdecken von RM 7,— an Divandecken von „ 17,— an

**TEPPICH VOGEL**

Gegründet 1899 **Berlin-Potsdamer Str. 14** Nahe Potsd. Platz

Bei Barzahlung 7 % Kasse-Rabatt auf Originalpreise, ausgenommen Linoleum- und Marken-Artikel

**Sämtliche Zuschriften**

die den Anzeigenteil des „Heimatdienstes" betreffen, sind ab 1. Januar 1929 zu richten an: DR. WALTER SETZEFAND ANNONCEN-EXPEDITION, Berlin SW 48, Friedrichstrasse 239. Telefon: Bergmann 6848.

**Feinstes Tafel-Pflaumenmus**

wohlschmeckend u. gesund, garantiert rein, mit Zucker eingekocht. 10 Pfd.-Eimer, Postkolli 3,75 M., 25 Pfd.-Bahnkolli 8,50 M., Fässer mit 35—140 Pfd. à Pfd. 0,34 M., ff. Preißelbeeren mit Zucker, 10 Pfd.-Eimer 6,— M., ff. Rübensaft, beste Qualität, 10Pfd.-Dose 3,15M. Preise ab hier, gegen Nachn.
**HEINR. ECKSTEIN Konservenfab./MagdeburgN. 450**

Allerfeinste **Oldenburger**
**Tafelbutter**
**preisgekrönt**, a. hocherhitzt. Rahm, versendet tägl. frisch in Postpak. v. 6 und 9 Pfd. Inhalt, in 1- oder ½ Pfd.-Stück verp., gegen Nachn. zum Tagespreis.
**Erste Butjadinger Molkerei-Gen. Ruhwarden 18 (Oldbg.)**

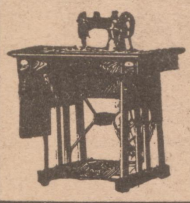
**....mehr Gemüse**
und prächtige Blumen erzielen Sie durch die Adlersaat. Verlangen Sie sofort kostenfrei den nützlichen Katalog mit 300 Abbildungen. Günstige Preise. Reiche Auswahl. Sorgfältige Bedienung.
**Adler & Co.**
Adlersaat-Samenzucht
**Erfurt 90**

**Thür. Pflaumenmus**
gar. reine, zuckergesüßte, feinste Qualität, 10 Pfund-Eimer M. 3.75 ab hier Nachn.
**Lebensmittel-Preisliste kostenlos**
**Otto Ritter, Pflaumenmusfabrik, Schkölen i. Thür. 136**

***Achtung***
Artikel der Gesundheits- und Krankenpflege, chirurgische nnd hygienische Gummiwaren. **Gummistrümpfe** etc. Preisliste gratis. HERMANN DELIN, Berlin 212, Belle-Alliance-Straße 32. Gegründet 1884

**Billige Hauswäsche**
**Über Bord** kommen ca. **12 000** neue weiße **Mehlsäcke** Stoffbreite 100×130 cm Stück nur **98** Pfennig, weil ohne Schriftaufdruck geliefert. Die Säcke sind fehlerlos, ungenäht und unzerschnitten und eignen sich vorzüglich für Leib- und Haushaltswäsche, Laken, Zuggardinen usw. Versand direkt an Private nicht unter 12 Stück. 20 Stück ½ Porto. 30-60 in einem fortlaufenden Stück post- bahnfrei Haus. Verpackung frei. Ia Qual. Garantie—Rücknahme. **Norddeutsches Exporthaus** Inh.: **Wilhelm Harries, Bremen B 2,** Hemmstr, 156

Direkt ab Produktionsort
*Feine*
*Rhein-Weine*
billigst
*Erich Müller*
Weingutsbesitzer
*Nierstein a. Rhein*
(Inh. d. F. **Weingut** Geschw. Strub)
Verlangen Sie bitte Preisliste H.
Prämiierte Weine

**Nähmaschinen • Sprechapparate**
Musikinstrumente aller Art in **nicht zu überbietender elastischer Tonfülle.** Versand an Beamte zu Vorzugspreisen. Nebenstehender Sprechapparat **nur 68.— Mk. Auf Nähmaschinen 10% Sonderrabatt.** Fordern Sie kostenlos den in Frage kommenden Katalog H an.


Großvertrieb
**H. MAASSEN**
**Berlin-Schöneberg,** Heylstr. 31.

SCHACHT
**RHEUMA**
**Ischias, Lähmungen, Herz-, Nerven-, Gelenk- und Frauenleiden werden während des ganzen Jahres geheilt.**
**Bad Oeynhausen**
PROSPEKTE DURCH ALLE REISEBÜROS UND DIE BADE-VERWALTUNG

Die 3
*Henkell*
Kupferberg
*Matheus Müller*
GROWALD
WILLRAD

**Auf das Schärfste getrennt in ihrer Eigenart dem Einkauf, der Geschäftsführung und ihrem Besitzstande haben „die 3" das eine gemeinsam:**
**OHNE SIE KEINE WEINKARTE,**
**OHNE SIE KEIN WEINKELLER!**
H20


Verantwortlich für den redaktionellen Teil gemäß Pressegesetz: Ministerialrat Dr. Strahl, Berlin. — Für den Anzeigenteil: Walter Schmiedicke, Berlin SW 48. — Anzeigenpreis: Die 6gespaltene mm-Höhe kostet 40 Pf. Rabatte, Beilagenpreise und sonstige Insertionsbedingungen laut Tarif der Anzeigenverwaltung. — Alleinige Anzeigenannahme: Dr. Walter Setzefand Annoncen-Expedition, Berlin SW 48, Friedrichstr. 239. Fernruf: J5 Bergmann 6848. — Offsetdruck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.